

■ Tiefensees Flucht nach oben

Die Ära der Großprojekte geht damit nicht zu Ende, Leipzig wird noch lange mit der bankrotten Hinterlassenschaft zu kämpfen haben. **Seite 3**

■ Architekt und Stadtbaurat

Auf den Spuren von Hugo Licht, Baumeister des Leipziger Neuen Rathauses **Seite 7**

■ „Schurkenstaat“ Belarus

Deutschland und die EU wirken aktiv an Umsturz-vorbereitungen mit. **Seiten 8–9**

■ Und das war die NVA?

Vom Sinn und Unsinn des Soldatseins in einem umstrittenen Film **Seite 10**

21

2005

Nur
ein
Euro!

13. Jahrgang
21. Oktober

www.
leipzigs-
neue.de

SCHWARZ-ROT KatzenGOLD

Marc Rammstetter



Die Personalfragen sind geklärt, die Koalitionsverhandlungen haben begonnen – umrahmt von optimistischen Bekundungen auf beiden Seiten. Doch wie könnte das Koalitionsprogramm, an dem jetzt gebastelt wird, besser werden als das Wahlprogramm der SPD oder das der Union? Da beide Programme wenig greifbar Gutes bieten und manches Schlimme ahnen lassen und da zum anderen die Wirklichkeit immer schlimmer ist als die gewöhnlich optimistisch eingefärbten Programme, werden

auch die Verhandlungen keine neuen Wege eröffnen, die Deutschland aus seiner sozialen Schiefelage herausführen.

- Beispiel Arbeit. CDU: weniger Kündigungsschutz, Abweichungen vom Tarifrecht möglich, Anreize für Niedriglohnsektor. – SPD: Hartz IV bleibt, nur spottniedrige Aufbesserung im Osten.

- Beispiel Steuern. CDU: Mehrwertsteuer soll auf 18 Prozent steigen, Spitzensteuersatz und Eingangsteuersatz sinken, Pendlerpauschale wird reduziert, Steu-

ervergünstigungen für Beschäftigte werden gestrichen, Großkonzerne zahlen drei Prozent weniger Körperschaftsteuer. – SPD: Nur bei Top-Verdienern (über 250 000 Euro jährlich) soll der Steuersatz von 42 auf 45 Prozent steigen, die Körperschaftsteuer sinkt um sechs Prozent.

- Beispiel Soziales. CDU: einkommensunabhängige Gesundheitsprämie statt Bindung der Gesundheitskosten an Löhne und Gehälter. – SPD: Bürgerversicherung soll durch Einbeziehung von Be-

amten und Selbständigen die Beitragsgrundlage verbreitern, aber die kapitalgedeckte Altersvorsorge soll weiter ausgebaut werden.

Mal sehen, was am Ende von den wenigen gut klingenden SPD-Zielen übrig bleibt.

Was gegenwärtig abläuft, ist ein überdimensionaler Scheinkampf, wie ihn uns Catcher im Fernsehen vorführen, die sich nicht weh tun, aber glauben machen wollen, man habe hart gestritten. In der Tat geht der Streit nur ums Katzensgold fürs Volk.

• GÜNTER LIPPOLD

Schlechtes Omen für Aufbau Ost

Nun flieht auch noch Sachsens Innenminister de Maizière flieht vor unerledigten großen Aufgaben nach Berlin an den Kabinettsstisch von Frau Merkel. Dort wird er gemeinsam mit Wolfgang Tiefensee, der auf der Flucht aus der überschuldeten „Hartz IV-Hauptstadt“ Leipzig ist (Seite 3) Sachsen vertreten – ein denkbar schlechtes Omen für den Aufbau Ost in den nächsten Jahren. Beide Herren eint zudem das Glaubwürdigkeitsproblem, zuvor ein pathetisches Bekenntnis zu ihren heimischen Herausforderungen abgelegt zu haben, vor denen sie nun davonlaufen. Offensichtlich ist die Verwaltungsreform, zu der diese Woche der Startschuss gegeben werden sollte, auch dem Politprofi de Maizière, dem jeder Schuh zu passen scheint, eine Nummer zu groß.

Trotz vieler grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten haben wir das in der Regel sachlich-professionelle Auftreten von Herrn de Maizière im politischen Alltag geschätzt. Bei der Suche nach einem Nachfolger erwarten wir vom Ministerpräsidenten, dass er nicht zu rasch nach potentiellen Kandidaten fischt, sondern besonnen überlegt und entscheidet.

• PETER PORSCH

For eyes only

Das war in den frühen 60er Jahren der DDR ein Synonym für Geheimdienste. „Nur für die Augen – streng geheim“. Geschuldet einem damals erfolgreichen Film, der in freier Anlehnung an Tatsachen geschickt und spannend fabulierte. Über 40 Jahre sind seitdem Kalender abgerissen und umgeblättert worden. Wer mit etwas Verstand gesegnet ist, wird sein Leben immer wieder prüfen und bewerten.

„Nur für die Augen – streng geheim“ gilt im Regelfall nicht für die Akten untergegangener oder besiegter Staaten und Mächte. Dennoch: Überprüfung auf geheimdienstliche Tätigkeit fordert Frau Birthler namens ihrer Behörde mit dem langen Namen. Ist das nun so zu verstehen, dass Geheimdiensttätigkeit und Bundestagsmandat unvereinbar sind? Gilt das nur für den Geheimdienst der implodierten DDR? Wenn JA: Warum? Wenn NEIN: Dann müssten im neuen Bundestag also alle Abgeordneten auf BND, Staatsschutz und Stasi-Mitarbeit überprüft werden? Nur mal nebenbei: Wir hatten die letzten sieben Jahre einen recht strengen Innenminister, der seinerzeit als Anwalt die Staatsfeinde Nr. 1 der BRD (alt) namens Bader-Meinhof verteidigte. Inzwischen wechselte er die Partei und offenbar auch seine Sichten. Geht ja in Ordnung! Nur sollte man Widersprüche, Wendungen und Irrtümer auch jedem anderen Lebenslauf zuordnen und zubilligen. Nach dem Prinzip: Ehrlichkeit!

Ist nicht das, was beispielsweise nach BRD- und DDR-Gesetzen kriminell war, nach 16 Jahren intensivster Suche und Recherche längst aufgearbeitet, beurteilt und verurteilt worden? Die wiederholte Forderung nach Überprüfung – auch nicht so ganz eindeutig formuliert – sucht nicht die Aufarbeitung, sondern das Stigma. Koste es, was es wolle.

• JOACHIM MICHAEL

Weiter zurück ins Mittelalter

Nach der Einrichtung der inzwischen auf 16 Staaten angewachsenen deutschen Kleinstaaterei erhält das Rückwärtsgewandte unserer Zeit einen neuen, ihr gemäßen Impuls. Im Ministaat Thüringen hält es der amtierende Kultusminister (!!!) Goebel, CDU, für dringend geboten, die wortgetreue biblische Schöpfungslehre in den Stand einer „wissenschaftlichen Theorie“ zu erheben. Thüringer Wissenschaftler und Lehrer müssten sich damit beschäftigen. Es ist kaum verwunderlich, dass ihn sein Ministerpräsident Althaus, CDU, unterstützt. So soll denn ein gewisser Scherer aus München den Thüringern die alttestamentarische Schöpfungslehre nahebringen, denn es sei erwiesen, dass die Entwicklung der Menschen in direkter Abstammung auf Adam und Eva zurückgehe.

Wenn das alles, was dort in Thüringen geschieht, nicht als die Vorbereitung einer Lachmesse zu verstehen ist, wie sie in Leipzig zum Vergnügen sehr vieler aufgeschlossener Menschen stattfand, werden die Thüringer Väter bald mit der Frage ihrer Kinder rechnen müssen, ob sie noch alle Rippen besitzen.

• SIEGFRIED MÜLLER

Milchmädchenrechnung

LN. In seinem aktuellen Bericht behauptet der sächsische Rechnungshof, Stadttumbau sei zu großzügig gefördert worden. Tatsache ist, dass im Freistaat faktisch nur der Wohnungsabriss gefördert wurde. Lediglich 20 Prozent der Fördermittel flossen – entgegen der Vorgaben des Bundes – in die Wohnumfeldverbesserung.

„Die vom Stadttumbau betroffenen Wohnungseigentümer vorrangig der Kommune und der Genossenschaften werden doppelt bestraft. Denn sie haben nicht nur Wertverluste hinzunehmen, sondern auch für Umzugskosten und Entschädigungen für Mieter einzustehen, deren Wohnungen abgerissen werden müssen“, charakterisiert

der Stadtrat der Linken, Siegfried Schlegel, die Milchmädchenrechnung des Rechnungshofes. Nutznießer dieser Politik seien Wohnungseigentümer, die auf eine Verknappung des Wohnungsmarktes warten, ohne sich selbst am Stadttumbau und seinen Kosten zu beteiligen.

Der Rechnungshof sollte besser kritisieren, dass, obwohl ständig über Geldnot geklagt werde, ein Universitätsneubau aus ideologischen Gründen entstehe oder dass die Bürokratie die Nachnutzung von Gebäuden zum Beispiel als Kinderheime verhindere. Das brächte gegenüber Neubauten Einsparungen zwischen 20 und 40 Prozent.

Müllgebühren stinken zum Himmel

LN. Sinkende Haushaltmettoeinkommen und steigende Preise und Gebühren auf allen Gebieten, vom Gas über den Nahverkehr bis zum Müll – das ist bundesdeutsche Realität. Die Belastungsgrenze ist für viele Bürgerinnen und Bürger überschritten.

Die jetzt angekündigten erheblichen Steigerungen der Müllgebühren um mehr als 30 Prozent mögen ja mit steigenden Deponiegebühren, explodierenden Kraftstoffpreisen usw. zu tun haben. Dennoch: Bereits nach der letzten

Gebührenanhebung forderte die Leipziger Links-Fraktion, die Eigentümer und Verbände in die Diskussion zur Abfallgebührensatzung vor Beschlussfassung im Stadtrat einzubeziehen. Das war auch in der vom Stadtrat gegründeten Abfallgruppe Konsens. Es scheint, als wolle sich der Oberbürgermeister darüber hinwegsetzen. Weshalb die Linke im Stadtparlament ausdrücklich diese Einbeziehung der Betroffenen sowie die Offenlegung der Gebührenkalkulationen fordert.

Zynisches CSU-Reservoir

Die Bayerische Arbeitsministerin Christa Stewens erklärte, „Hartz IV“ biete Arbeitslosen zu viele Anreize zum Missbrauch. Außerdem enthalte das ALG II zu viele Sozialleistungen, etwa für die Rente.

West bestimmt über Ost

Die CDU-Ministerpräsidenten von Hessen und Niedersachsen wollen die geplante Ost-West-Angleichung beim Arbeitslosengeld II stoppen, ohne einen Gedanken daran zu veerschwen-

den, dass die Ost-West-Differenz beim ALG II willkürlich beschlossen wurde.

Der schwache Staat zeigt Stärke

Wirtschaftsminister Clement will mit einem „Maßnahme-Paket“ vermeintliche Hartz-IV-Betrüger enttarnen. Mit mehr Hausbesuchen und telefonischen Kontrollen sollen Hartz IV-Betroffene aufgespürt werden, die zu Unrecht ALG II beziehen. Außerdem sollen per Datenabgleich mit den Finanzämtern „geheime“

WAS HEIBT IN DEUTSCHLAND noch hüben und drüben? Oben und unten! Willkommen im Kaputtalismus! Der hochverehrte Herr Bundespräsident hat es den Kolonialvölkern im Protektorat doch selbst gesagt: Es sei in allen Staaten der Welt ganz normal, dass es reichere und ärmere Landstriche gebe. Daran sollten sich die Ossis gefälligst gewöhnen. Von blühenden Landschaften hat er nix mehr gesagt. Das war der andere: Dr. Kohl. Die Steigerung von Kohl ist eben Köhler. Also, ihr Zwangsproleten im Osten, jammert nicht! Seht mal, was wir Wessis durchgemacht haben: Wenn die Arbeitslosigkeit tatsächlich „das Ergebnis einer jahrzehntelangen kommunistischen Misswirtschaft“ (Zitat FDP) sein sollte, da haben Gelsenkirchen und Ostfriesland ja wenigstens 80 Jahre Kommunismus hinter sich.

• DIETRICH KITNER

Immer noch eins drauf

Vermögen bei Langzeitarbeitslosen ermittelt werden.

Auf die parlamentarische Anfrage der Bundestagsabgeordneten Petra Pau, Linkspartei.PDS, wie viele Datenabgleiche bei ALG II-Empfängern bisher durchgeführt wurden, antwortete das Haus Clement: Keine. Jedenfalls wisse das Ministerium davon nichts und man wolle davon auch nichts wissen. Nun erfahren wir: Minister Clement weiß trotzdem, dass mindestens 10 Prozent aller Langzeitarbeitslosen gefährliche Betrüger sind.

LESER MEINEN

Abenteuer Großstadt

Wer Abenteuer liebt, ist in dieser Stadt genau richtig. Besonders förderlich ist dazu das Besteigen der öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere der Tram. Auf den meisten Linien kann der Fahrgast fast täglich erleben, wie deren Fahrtrouten, abweichend vom ausgedruckten Fahrplan, sich abenteuerlich verändern. Die Fahrt vorbei an Abgründen von Tunnelbaustellen und hochaufragenden, lärmenden Bauungestümen bringt erregende Einblicke. Sollte der Fahrgast sich eine Tatrastraßenbahn als Fortbewegungsmittel erwählt haben, kommt noch eine romantisch-historische Komponente hinzu. Das Rütteln und Ächzen dieses ehrwürdigen Schienenfahrzeu-

ges lässt den Reisenden hinein-fühlen in die Fahrt mit einer Postkutsche.

Natürlich haben Abenteuer und Romantik ihren Preis, der nicht von Pappe ist und ständig angehoben wird.

Und von welcher Stadt ist die Rede? – Von der Fußballweltmeisterschaftsvorspielstadt Leipzig. Sagte man früher „Leipzig ist eine Reise wert“, so sollte man heute sagen: „Diese Reise ist was wert.“

ALFRED SCHUMANN, LEIPZIG

Ausstellung über Sinti und Roma

Die von Wieland Förster geschaffene Bronzeplastik „Geschlagener“ erinnert seit 2003 am Leipziger Schwanenteich an die in den Jahren 1933 bis 1945 von den Faschisten ermordeten Sinti und Roma. Über ein halbe Million von ihnen fielen im faschistisch besetzten Europa

der deutschen Vernichtungsmaschinerie zum Opfer.

Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e. V. in Heidelberg hat die Geschichte der Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung dieser ethnischen Minderheit für eine Ausstellung aufbereitet. Die zuletzt in Berlin gezeigte Exposition machte Station in über vierzig deutschen Städten und ist nunmehr noch bis zum 31. Oktober in Leipzig, im Neubau des Stadtgeschichtlichen Museums, zu sehen. Im Mittelpunkt stehen die Opfer mit ihren Biografien, Schicksalen und Alltäglichkeiten. Erhalten gebliebene Fotos vermitteln Eindrücke der Lebens- und Kulturgeschichte von Generationen. Dokumentiert sind neben einer Chronologie der Vernichtung auch Akten der Mörder, Täterprofile.

H. GERATHEWOHL, LEIPZIG

Der Weggang von Oberbürgermeister Tiefensee nach Berlin kommt für die mit der Leipziger Kommunalpolitik einigermmaßen Vertrauten nicht wirklich überraschend. Bekanntlich befand sich der Oberbürgermeister, der sich in vergangenen Jahren nahezu perfekt als ideeller Gesamtleipziger und omnipräsenter Strahlemann zu inszenieren verstand, schon einmal auf dem Absprung: Doch 2002 gab er dem damaligen Bundeskanzler Schröder mit dem Verweis auf die möglichen Olympischen

Von **DIETMAR PELLMANN**

Spiele 2012 in Leipzig bekanntlich noch einen Korb. Drei Jahre und eine gescheiterte Olympiabewerbung später sieht die Welt für den überaus ehrgeizigen und machtverliebten Tiefensee trotz seines grandiosen Wahlsieges im Frühjahr grundsätzlich schwieriger aus und das Fluchtangebot der Bundes-SPD für das Merkel-Kabinett kam ihm daher wie gerufen. Was spielte es da schon für eine Rolle, dass er zunächst nur zweite Wahl war und erst die Absage des brandenburgischen Ministerpräsidenten das Tor für den ersehnten Karriereprung öffnete.

Ära Tiefensee in Leipzig

Mit dieser Flucht nach oben wird eine Bestandsaufnahme und Bewertung der Ära Tiefensee aus linker Perspektive dringend notwendig, zumal 15 Jahre nach der Wende ohnehin eine gewisse Zäsur in der Stadtpolitik zu konstatieren ist. Eine solche Einschätzung kann allerdings zunächst nur ansatzweise erfolgen, weil vieles von dem, was unter Tiefensee auf den Weg gebracht oder vernachlässigt wurde, seine Wirkungen erst in den nächsten Jahren entfalten wird. Folgendes dürfte aber schon heute mit ziemlicher Sicherheit feststehen: Entgegen der weiland herrschenden öffentlichen Meinung steht es um die „Boomtown“ des Ostens ziemlich schlecht. Tiefensee hinterlässt seinem Nachfolger, vor allem aber den Bürgerinnen und Bürgern Leipzigs, eine schwere Hypothek. Die Ära der Großprojekte und der von Tiefensee betriebenen Festivalisierung der Stadtpolitik haben unsere Stadt anno 2005 an den finanziellen Abgrund und eigentlich des Bankrotts geführt. Selbst der *Spiegel* quittiert ihm, der Leipzigs Schulden auf 900 Millionen Euro hochtrieb, eine gewisse Lässigkeit im Umgang mit Steuermitteln. Natürlich hat sich das Antlitz unserer Stadt seit 1990 vor allem baulich-infrastrukturell grundlegend verändert. Davon zeugt auch das gegenwärtige Baugeschehen in der Innenstadt. Aber ob diese Investitionen sich irgendwann auszahlen, muss abgewartet werden. Auf jeden Fall haben sie dazu beigetragen, dass Leipzig heute weitaus mehr als Chemnitz oder Dresden verschuldet ist. Selbst laufende Ausgaben können, wie zusätzliche Kosten im Rahmen von Hartz IV beweisen, schon heute nicht mehr gedeckt werden. Diese in wenigen Jahren angestaute Erblast dürfte den Handlungsspielraum unserer Stadt für die nächsten Jahrzehnte erheblich einengen.

Auch die Linkspartei hat die Ansiedlung von Porsche oder BMW begrüßt. Aber diese so genannten Leuchttürme haben nicht nur jegliche städtische Rücklagen aufgebraucht, sondern reichen nicht, um einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung, verbunden mit der Schaffung neuer existenzsichernder Arbeitsplätze,

zu befördern. Heute rächen sich die Fehler in der Stadtpolitik nach 1990, nicht ernsthaft um den Erhalt industrieller Standorte gerungen, sondern vor allem auf Dienstleistung, Banken und Medien gesetzt zu haben. So nimmt es nicht Wunder, wenn Leipzig hinsichtlich der Arbeitslosenquote gegenwärtig den letzten Platz unter allen 29 sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten einnimmt und auch wesentlich geringere Einnahmen bei der Gewerbesteuer als die beiden anderen sächsischen Großstädte verbucht.

Leipzig dürfte inzwischen zu den Großstädten gehören, in denen die Zahl derer, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, überdurchschnittlich wächst. Davon zeugen inzwischen 47 000 Bedarfsgemeinschaften mit mehr als 70 000 Personen, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld erhalten.

Flucht nach oben

Anmerkungen zum Ende der Ära Tiefensee in Leipzig

Rechnet man weitere Personen hinzu, die hinsichtlich ihres Einkommens unter der von der EU definierten Armutsgrenze von 732 Euro liegen, so gilt ein Viertel der Leipziger Bevölkerung als einkommensarm. Dieser Personenkreis konzentriert sich inzwischen in einer Reihe von Ortsteilen. Die in den letzten Jahren entstandenen oder begonnenen Großprojekte haben sicher den Bekanntheitsgrad Leipzigs wachsen lassen. Sie wurden aber teuer erkaufte. So ist das Nebenstraßennetz in Leipzig teilweise in einem katastrophalen Zustand, hat der Investitionsstau bei Schulen und Kindertagesstätten erheblich zugenommen.

Stadt der Skandale

Bei alledem hat sich Leipzig in der letzten Zeit den Ruf als Stadt der Skandale in der Verwaltungsspitze erworben. Erinnert sei nur an die notwendige Abwahl der beiden Tiefensee-Stellvertreter Peter Kaminski und Holger Tschense. Und auch gegen andere Beigeordnete wurde ermittelt. Dass Wolfgang Tiefensee all diese Affären relativ unbeschadet überstanden hat, ist ohnehin kurios, aber kein Ausweis dafür, dass er seine Verwaltung wirklich mit der notwendigen Gewissenhaftigkeit geführt hat.

Diese kritische Sicht ist Wolfgang Tiefensee freilich fremd. Eine Episode aus der letzten Stadtratssitzung am 13. Oktober, als er offenbar schon mit seinem Leipziger Karrierekapitel abgeschlossen hatte, mag das bestätigen. Die Stadträtin der Linksfraktion Ilse Lauter hatte in einem Redebeitrag den Größenwahn der Leipziger Stadtpolitik relativ zurückhaltend kritisiert. Schon das rief den Oberbürgermeister ans Rednerpult, relativ dünnhäutig versuchte er eine Art Bilanz seiner Politik und wies er die Vorhaltungen der Linksfraktion entschieden zurück. Freilich wussten die Stadträte zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass es sich bei dieser Intervention um eine Art Ver-

teidigungsrede am Ende seiner Leipziger Amtszeit handeln würde.

Ausgerechnet Tiefensee

Angesichts der durchaus kritischen Bilanz der Amtszeit von Wolfgang Tiefensee stellt sich die Frage, weshalb ihn seine Partei geeignet für höhere Aufgaben hält und seine Leistungen in den höchsten Tönen preist. Es kann doch nicht nur daran liegen, dass die SPD-Führung in den neuen Bundesländern keine besseren Persönlichkeiten hätte oder etwa um die wirkliche Situation in Leipzig nicht wüsste. Es muss also mehr dahinter stecken.

Wahrscheinlich verkörpert Wolfgang Tiefensee genau jenen Typ von Politiker, der in eine Zeit passt, der frühere

von den Medien deshalb kaum öffentlich gemacht wurden, weil sie solche Strahlemänner wie Wolfgang Tiefensee für eine gewisse Zeit brauchen, bevor sie sie fallen lassen. So erging es dereinst Kurt Biedenkopf und in gewissem Sinne auch Gerhard Schröder. Angesichts der schier ausweglosen Situation in Leipzig hat Wolfgang Tiefensee nun rechtzeitig den Absprung nach Berlin gewählt, bevor ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit gleiches Schicksal ereilt hätte.

Wolfgang Tiefensee ist ein Machtmensch, der genau kalkuliert, was seiner Karriere nützen oder schaden könnte. So schloss er sich 1990 eben nicht den Bündnisgrünen als Mitglied an, sondern wartete zunächst ab, wie sich die Parteienkonstellation in Leipzig entwickeln würde. Rasch wurde sein rhetorisches Talent erkennbar, und er arbeitete am Image eines Machers. Das trug ihm zunächst den Posten eines Amtsleiters ein, auf dem ein anderer vielleicht versauert wäre. Aber sein Ziehvater Hinrich Lehmann-Grube muss die Fähigkeiten des aufstrebenden jungen Mannes wohl frühzeitig erkannt haben und schuf deshalb für ihn extra ein eigenes Dezernat. Stellvertreter und potentieller Nachfolger von Lehmann-Grube wurde Tiefensee aber erst, als er sich 1995 für das Parteibuch der SPD entschied. Ein Parteisoldat ist er indes nie geworden; dies widerstrebt seinem Naturell als Einzelkämpfer. Im Unterschied zu 2005 hatte Hinrich Lehmann-Grube 1998 seine Nachfolge geregelt und sicher auch mit geholfen, eventuelle Konkurrenten, die es damals durchaus gab, zu verdrängen.

Kaisers neue Kleider

Als Wolfgang Tiefensee dann 1998 zum Oberbürgermeister gewählt war, nutzte er dieses zweitwichtigste Amt in Sachsen geschickt als Sprungbrett. Dabei gelang es ihm, die Vision zu verbreiten, Leipzig habe das Zeug, wieder eine Metropole von internationalem Rang zu werden. Schon mit seiner 1998er Wahlkampflosung „Wir Leipziger schaffen das“ traf er die Seele vieler Menschen und weckte Hoffnungen, dass unsere Stadt dereinst wieder zu den reichsten deutschen Großstädten gehören könnte. Und das schien mit der Olympiabewerbung auch Wirklichkeit zu werden. So konnte zunächst von den bereits damals offensichtlichen Problemen der Stadt abgelenkt werden. Selbst als die Olympiabewerbung scheiterte, führte das noch nicht zu einem Imageverlust von Tiefensee. Erneut zog er daraus sogar kurzzeitigen Gewinn, stellte er sich doch an die Spitze der Trauernden, denn für das Scheitern wurden andere verantwortlich gemacht. So konnte Wolfgang Tiefensee auch im April noch einmal die Oberbürgermeisterwahl gewinnen.

Inzwischen sind die Defizite Leipzigs öffentliche Wahrnehmung und können auch durch schönste Sonntagsreden nicht mehr vernebelt werden. Jetzt hätte sich erweisen können, ob Tiefensee ein wirklicher Macher und in der Lage ist, den Haushalt zu ordnen, das soziale Konfliktpotential einzudämmen und die Stadt aus sich selbst heraus zu gestalten. Und genau in dieser Situation kneift er vor den Mühen der Ebene. Vielleicht beseelt ihn die Hoffnung, in Berlin wieder medienwirksame Wohltaten verkünden zu können. Und vielleicht ist ja gerade in der Bundeshauptstadt jemand aus dem Märchen über des Kaisers neue Kleider am richtigen Platz.



Tiefensee (1,98) – nicht immer ist die Länge eines Mannes seine Größe

St. Georg: Weshalb stimmte die Linksfraktion für die „gGmbH“?

LN-Interview mit Stadträtin Dr. Adelaide Grützner zu einer Ratsentscheidung

● **LN:** Frau Grützner, Sie haben am 12. Oktober in der Ratsversammlung den Standpunkt der Linkspartei/PDS zur künftigen Entwicklung des Leipziger Klinikums St. Georg begründet. Warum war hierüber zu entscheiden?

Adelaide Grützner: Wie Sie wissen, stehen die deutschen Krankenhäuser seit Einführung der sogenannten Fallpauschalen unter enormem Rationalisierungsdruck. Zugleich wächst der Druck in Richtung Privatisierung. Klinikketten expandieren in nie gekanntem Ausmaß, Länder und Kommunen entziehen sich nicht selten ihrer sozialen Verantwortung – bis zur Schließung von Krankenhäusern.

Nehmen wir Sachsen: 1991 hatte das Land 112 Krankenhäuser – Anfang Januar 2005 waren es noch 86. Die Bettenzahl sank um 36 Prozent auf 27.500. Bis Ende nächsten Jahres sollen es dem sächsischen Krankenhaus-Plan zufolge noch einmal 850 Betten weniger sein. Die Zahl der Arbeitsplätze in Kliniken schrumpfte um 7200. Gleichzeitig explodierten die Kosten von 1,4 Milliarden Euro auf fast drei Milliarden.

Die Landesregierung fährt die Mittel für Modernisierung, Um- und Neubauten und für Medizintechnik deutlich zurück. Gleichzeitig erhöht sich das Durchschnittsalter der Patienten und damit ihre Krankheitsanfälligkeit, was wiederum intensivere Behandlungen erfordert. Immer häufiger sind Krankenhausträger – also auch Kommunen – gezwungen, Defizite auszugleichen. Studien gehen davon aus, dass bis 2020 jedes vierte der derzeit 1900 deutschen Krankenhäuser schließen muss – in

Ostdeutschland vermutlich noch mehr. Angesichts dieser Entwicklungen haben Krankenhäuser nur dann eine Überlebenschance, wenn sie sich vernetzen, zu größeren Einheiten zusammenschließen und spezialisieren.

● **Also doch die private Klinikette?** Keineswegs! In Sachsen ist die Privatisierung mit fast einem Drittel der Häuser schon derart fortgeschritten, dass das Kartellamt eingreifen muss ... Vor allem aber: Es gibt keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen privater Trägerschaft und erfolgreichem Management. Dagegen sind die Nachteile der Privatisierung offensichtlich. Im Fall von St. Georg hätte ein Verlust von 200 bis 300 Kernarbeits- und 200 Dienstleistungsplätzen, Kaufkrafteinbuße und Verlust des städtischen Einflusses gedroht. Die Stadt geht einen anderen Weg.

● **Wie will sie die öffentliche medizinische Versorgung sichern, ohne sie vom prekären Stadthaushalt abhängig zu machen?**

Durch eine besondere Lösung bei der Besitz- und Betriebsform von St. Georg. Die Ratsversammlung beschloss mehrheitlich: Erstens wird der Städtische Eigenbetrieb Klinikum St. Georg als sogenannte *Besitzgesellschaft* weitergeführt. Sie übernimmt neben der Vermögensverwaltung Aufgaben im medizinisch-sozialen Bereich und Pflichtaufgaben der Stadt und des Landes; so betreibt sie das Zentrum für Drogenhilfe, die Klinik für Forensische Psychiatrie und medizinisch-soziale Pflegeheime. Zweitens wird zum 1. Januar eine



gemeinnützige GmbH als *Betriebsgesellschaft* mit dem Namen *Klinikum St. Georg gGmbH* gegründet. Ihr obliegt die ambulante und stationäre Versorgung der Patienten. Alleiniger Gesellschafter ist die Stadt. Vier Tochtergesellschaften mit speziellen Aufgaben vervollständigen die neue Struktur.

Nach eingehender Diskussion stimmt unsere Fraktion dieser Entwicklung zu, weil sie nicht etwa einen Schritt zur Privatisierung bedeutet, sondern diese Gefahr bannt. Damit sind nun auch betriebsbedingte Kündigungen und außertarifliche Beschäftigung bei einem der größten „Arbeitgeber“ der Region ausgeschlossen. Bis 2008 wird der gegenwärtige Tarifvertrag fortgeführt, ab 2009 ist der Abschluss eines Haustarifvertrags vorgesehen.

Wir befürworten den Plan der Stadt auch deshalb, weil das Klinikum St. Georg sehr gute Profilierungschancen hat – dank modernen Betreuungsformen, regionalem Telematiknetz (Datenübertragung zwischen Ärzten – LN) und Krankenhausverbund. Die neue Struktur fördert Profilierung und Vernetzung. Wir sind sicher, dass dies den Bürgern der Region zugute kommt.

FRAGEN: G. BRAUN
P.S. Am meisten Gegenwind bekam die „gemeinnützige Gesellschaft“ von der FDP.

Strategische Ziele ohne ein komplexes Leitbild für die Stadt?

LN. Auch wenn Leipzig in diesem Jahr keinen Haushaltplan für das kommende Jahr mehr verabschieden wird – es gibt einfach zu viel ungeklärte Fragen, vor allem finanzieller Natur –, so hat sie jetzt wenigstens „Strategische Ziele der Kommunalpolitik für die Haushaltsplanung“. So heißt eine Verwaltungsvorlage, die nach monatelanger Diskussion am 13. Oktober im Leipziger Stadtrat zur Abstimmung stand, zur namentlichen, wie die CDU-Fraktion gefordert hatte. Sie wurde mit großer Mehrheit bei dennoch zahlreichen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen angenommen. Lange umstritten war vor allem die Frage, ob Leipzig ein Leitbild brauche und wie es aussehen solle.

In der letzten Diskussion vor der Beschlussfassung griff die Linkspartei-Stadträtin Dr. Ilse Lauter vier inhaltliche Probleme der Vorlage auf. Sie stellte erstens klar, dass die strategischen Ziele Familienfreundlichkeit und Arbeitsplatzschaffung (bzw. -erhalt) selbstverständlich unverzichtbar seien. Die Linke setze auch auf Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung sowie auf

Förderinstrumente des 2. Arbeitsmarktes, die in der Vorlage allerdings völlig ausgeblendet seien. Dass die Anregung, Familienfreundlichkeit und Arbeitsplatzschaffung müssten als Kriterien für künftige Entscheidungen gelten, ausgerechnet von der CDU kam, freut die linke Frau besonders, konnte doch die CDU-Fraktion noch vor einem Jahr in der Stadtverwaltung nicht genug Stellen streichen.

In einer zweiten Anmerkung kritisierte Ilse Lauter, warum in der Vorlage Wettbewerbsfähigkeit nur bedeute, Leipzig „nachhaltig und schnell als Stadt mit internationalem Anspruch und europäischer Geltung ... zu positionieren“. „Sollten wir nicht“, fragte sie, „auch und wesentlich stärker als bisher die regionalen Potenzen im mitteleuropäischen Raum nutzen, auch über Landesgrenzen hinaus?“ Hohe Zeit beispielsweise, dass Leipzig auf die Einladung der Stadt Halle vom 18. Juni dieses Jahres endlich freundschaftlich mit einer Gegeneinladung antwortete. Lauters dritter Einwurf bezieht sich auf die Formulierung, Leipzig solle „in einem Zuge mit großen deutschen oder europäischen Metropolen genannt werden“. Sie fragt: „Hat uns nicht gerade

die Orientierung auf immer neue Großprojekte ‚mit internationalem Anspruch und europäischer Geltung‘ jahrelang dazu verführt, über unsere Verhältnisse zu leben? Und ist das nicht – neben den millionenschweren Mehrbelastungen durch Hartz IV – einer der wichtigsten Gründe für die gegenwärtige Haushaltsmisere?“

Die Stadträtin sprach den OBM direkt an: „Beide Gründe sind mit Ihrem Namen verbunden, Herr Oberbürgermeister. Lassen wir das Leipziger Café Größenwahn künftig kleinere Brötchen backen! Und diese möglichst gerecht verteilen.“

Das vierte und gravierende Problem sieht Ilse Lauter im Fehlen eines Leitbildes für Leipzigs. Weshalb der größte Streitpunkt auch die Definition der Unverwechselbarkeit der Stadt war (und ist).

Ein Falblatt oder ein Schlagwort tun es jedenfalls nicht, da ist Frau Lauter Recht zu geben. Was also will die Stadt sein? Was soll gemeinsam erreicht werden? Es gingen ja schon so viele Begriffe um, Stadt der Dienstleistungen zum Beispiel – wenig durchdacht angesichts der ökonomischen Gesamtlage.

Splitter aus dem Stadtrat

Klare Mehrheit für Abwahl

63 von allen 70 Stadträtinnen und Stadträten stimmten für die Abwahl des Beigeordneten für Umwelt, Ordnung Sport, Holger Tschense (SPD). Nur 4 stimmten dagegen. OBM Wolfgang Tiefensee würdigte nach der Abwahl auch die Leistungen des ehemaligen Beigeordneten. Doch seine Verfehlungen ließen keine Alternative zu.

„Eine einzige Katastrophe“

So benannte der Dezernent für Jugend und Soziales, Burkhard Jung (SPD), die Entscheidung der bisherigen rot-grünen Bundesregierung, rückwirkend für das gesamte Jahr 2005 die Bundeszuschüsse für Kosten der Unterkunft für ALG-II Empfänger gänzlich zu streichen. Allein für Leipzig würden Mehrkosten von 39 Mio. Euro entstehen, wodurch der Stadt die Zwangsverwaltung droht.

Provinzdenken

Mit 34 zu 33 Stimmen befürwortete der Stadtrat den Antrag von vier Stadträten zur Umbenennung eines kurzen Teilstücks der Jahnallee in Ranstädter Steinweg. Obwohl Bündnis90/Die Grünen einst einen Beschluss zur Vermeidung von doppelten Straßenbenennungen initiiert hatten, gehörte Stadtrat Weichert zu den Einreichern. Bei allen Problemen, die sich mit der politischen Haltung des Turnvaters Jahn verbinden mögen, es war sinnvoll, den Straßenzug vom Stadtzentrum bis zum Sportforum und DHFK-Campus durchgängig nach Jahn zu benennen.

Der Schoß ist fruchtbar noch

Es sollte doch nur die harmlose Benennung einer Straße nach der Stadt Königsberg aus Anlass der 750-jährigen Stadterwähnung sein. In der Debatte, die von Anfeindungen gegen die Fraktion Die Linke/PDS begleitet war, offenbarten vor allem Stadträte aus der CDU-Fraktion, dass mit ihrer Zustimmung mehr als nur Geschichtserinnerung verbunden war. Dabei wurde der heutige Namensgeber Kalinin gleich mal noch als Massenmörder beschimpft. Äußerst fragwürdig ist die Zustimmung selbst einer Schulleiterin (aus der CDU-Fraktion).

Dennoch beschloss eine große Mehrheit, nicht nur auf eine kurzfristige Namensgebung zu verzichten, sondern diesen Namensvorschlag aus dem Vorratspool für Straßennamen ganz zu tilgen.

Zukunft des Grünauer WK 8.3

Ein Anliegen Grünauer aufgreifend, hatte PDS-Stadträtin Dr. Ilse Lauter eine Fraktionsanfrage zum Stadtumbau im südlichen (dritten) Teil des Grünauer Wohnkomplexes 8 initiiert. Laut Beigeordnetem für Stadtentwicklung, Dr. Lütke-Daldrup, werde derzeit eine Stadtteilentwicklungskonzeption erarbeitet, die Grundlage des weiteren Dialogs mit den Bewohnern und den Wohnungsunternehmen sei. Wegen des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs in Grünau führe nach seinen Worten aber auch an Flächenabrissen an den Rändern der WK kein Weg vorbei.

Müllers Sessel wackelte ...

Aber nur für einen kurzen Moment und auch nur der im Sitzungssaal des Stadtrates. Einen neuen griff sich der Stellvertreter Tiefensees gleich selber. Nun sitzt er wieder fest im Sessel.

Obwohl es nach dem Ermessen vieler Bürger eigentlich kein Vergnügen sein kann, diese Berliner Republik, deren Schicksal besiegelt scheint, zu regieren und noch tiefer in die Krise zu führen, balgen sich Scharen von selbsternannten „Führungskräften“ in unmäßiger Selbstüberschätzung und schamloser, teilweise entwürdigender Art um das Recht, auf der Kommandobrücke zu stehen, jeder mit dem Anspruch, den unabwendbaren Niedergang einer großen Kulturnation doch noch aufhalten zu können.

Nach 15 Jahren Einheit ist vieles aus den Fugen geraten und Hoffnung, die angeblich zuletzt stirbt, ist nur noch selten anzutreffen. Der Wähler geht in dem Bewusstsein an die Wahlurne, dass unabhängig davon, für wen er sich entscheidet, keine Kraft existiert, von der die

Von **MANFRED BOLS**

Lösung der riesigen angestauten Probleme erwarten werden kann. Diese Hoffnungslosigkeit aber, sagt uns der Philosoph des „aufrechten Ganges“, Ernst Bloch, in seinem Werk „Das Prinzip Hoffnung“, ist „im zeitlichen und sachlichen Sinne das Unaushaltbarste, das ganz und gar den menschlichen Bedürfnissen Unerträglich“.

Warten, bis der Westen „verostet“?

Der Hallenser Psychologe Hans-Joachim Maaz, Gast einer vom Deutschlandfunk und der LVZ am 28. September im Zeitgeschichtlichen Forum veranstalteten Live-Diskussion zum Thema „Eine Nation – zwei Mentalitäten“, gesteht sogar Angst vor der Zukunft ein. „Im Osten“, so der Wissenschaftler, „hat sich die Sehnsucht der Menschen nach Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse nicht erfüllt, was insbesondere für den Einzelnen bitter ist.“ Es sei deshalb verwunderlich, dass es bisher keine größere Unruhe in der ostdeutschen Bevölkerung gegeben habe. Hauptgrund dafür sei, dass die Menschen bisher durch Zahlungen ruhig gehalten wurden. Doch wenn diese in der



Prof. Christa Luft

Zukunft ausblieben, würde es zu unvorstellbaren Zusammenbrüchen kommen. Auch die alten Bundesländer hätte der allgemeine Negativtrend bereits erreicht. Man könne darauf warten, dass der Westen „verostet“.

Maaz ist kein Außenstehender. Seit der Wende beobachtet er aufmerksam aus sozialpsychologischer Sicht die Entwicklung der Lage im vereinten Deutschland.

Auf zahlreichen Leipziger Foren wurde eine Bilanz von 15 Jahren Einheit versucht

Bekannt wurde er u. a. durch Bücher wie „Der Gefühlsstau – ein Psychogramm der DDR“ (1990) und „Die Entrüstung – Stasi, Schuld und Sündenbock“ (1992). In seinen Vorschlägen zur Veränderung der Situation ist Maaz allerdings stark seinem Fachgebiet verhaftet. Er sieht den Ausweg in der Entwicklung einer völlig neuen Beziehungskultur zwischen den Menschen. Ost- und Westdeutsche sollten offener und ehrlicher miteinander umgehen und sich nichts gegenseitig vorspielen.

Aufbau Ost nur im Kontext mit dem Umbau West

Auch Prof. Christa Luft sieht die Gefahr, dass der Osten zu einem negativen Vorbild für den Westen werden könnte. Die Wirtschaftsexpertin (Neuestes Buch: „Wendeland“) sprach am 6. Oktober in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig über ihre Erkenntnisse aus 15 Jahren Einheit. Die Gesellschaft in den neuen Bundesländern sei gespalten in einen Teil, der Überarbeit leiste, sich beugen und unterordnen muss, und in einen Teil, der zum Müßiggang gezwungen wird. Bei einem Anteil von 20 Prozent an der gesamtdeutschen Bevölkerung werden im Osten 14,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erzeugt, 11 Prozent beträgt der Anteil an der Industrieproduktion und 6 Prozent am Export. Die Arbeitslosigkeit schlägt dagegen mit 212 Prozent zu Buche. Bundespräsident Köhler mache geistig den Weg frei für ein Abfinden mit der Rückständigkeit des Ostens, indem er kürzlich einschätzte, dass gleiche Lebensverhältnisse nicht erreichbar seien.

Christa Luft vertritt die Ansicht, dass keine spezielle Strategie für den Osten gebraucht werde, sondern Veränderungen aus gesamtdeutscher Sicht notwendig sind, die übrigens schon seit 1989/90 auf der Tagesordnung stünden. Die Kapitalverwertung dürfe nicht ihre dominierende Rolle behalten, der Mensch müsse wieder stärker in den Mittelpunkt der sozialen Bezogenheit gerückt werden. Das erfordere, dass die Grundgesetzgebote der Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse und der Sozialstaatlichkeit nicht aufgegeben werden dürfen. Um ihre Durchsetzung bzw. Neujustierung ist zu kämpfen. In diesem Zusammenhang sieht Christa Luft nach der Bundestagswahl für die Linkspartei neue Chancen und Aufgaben. Sie bestehen erstens in der Notwendigkeit, eine wissenschaftlich begründete Kritik am Kapitalismus zu üben, zweitens in der Formulierung von konkreten Alternativen im Kapitalismus und drittens im Aufzeigen von Entwicklungspfadern über den Kapitalismus hinaus. Bei der Diskussion der letztgenannten Aufgabe müsse auch über Macht- und Eigentumsverhältnisse neu nachgedacht werden. Sie könne sich vorstellen, dass zum Beispiel hinsichtlich der Infrastruktur (z. B. Energiesektor) und bei der Problematik Grund und Boden die Frage des öffentlichen Eigentums gestellt wird.

Einheit gescheitert

Ganz so weit gingen die Schriftstellerin Daniela Dahn und der Journalist Wolfgang Herles, Autor von „Wir sind kein Volk“ und „Dann wählt mal schön“,

Freude kam nur bei wenigen auf

nicht, aber sie stimmten darin überein, dass die deutsche Einheit gescheitert ist. Beide diskutierten am 29. September als Gäste des MDR-Radio-Café im Zeitgeschichtlichen Forum über die Ergebnisse von 15 Jahren Einheit.

Daniela Dahn – ihr kürzlich erschienenen neues Buch trägt den Titel „Demokratischer Abbruch“ – kritisiert das Verschweigen der desaströsen wirtschaftlichen Lage im Osten, „denn seit 1995 wird der Haushalt in Ost und West nicht mehr getrennt ausgewiesen.“ Die kleinen Leute bezahlen die Kosten der deutschen Einheit, die Gewinne würden privatisiert, die Verluste sozialisiert. Wenn man ein Zitat des früheren Bundeskanzlers Erhard zugrunde lege, wonach nur Eigentum persönliche Sicherheit und geistige Unabhängigkeit gewährleistet, ist man im Osten also eindeutig weniger frei und unabhängig.

Wolfgang Herles analysierte die Ursachen für das Scheitern des Aufbaus Ost. Nicht die Ostdeutschen seien schuld. Drei grundsätzliche Fehler wurden gemacht – eine falsche Währungsreform, die Übernahme der Sozialsysteme ohne ihre vorherige Umgestaltung und die zu schnelle Angleichung der Löhne im Osten an das Niveau West. Als eine Folge wurden die Unterschiede in Deutschland, vor allem zwischen Armen und Reichen, zwischen Zahlern und Profiteuren immer größer. Auch die ostdeutsche Gesellschaft sei tief gespalten. Es gäbe auf der einen Seite viele Bürger, die keine Ossis mehr sein wollen und der Westalgie frönen, und auf der anderen die Ostalgiker, die an der DDR hängen und PDS wählen. Aufgrund der enormen Mentalitätsunterschiede wäre es Unsinn zu behaupten, die Stimmungslage stimme überein, wie das Stolpe in seiner Rede zur Einheit behauptet hätte.

Am Ziel vorbei

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte bereits am 26. September in ihrem Stammlokal, der Alten Handelsbörse, den Startschuss für einige Foren zur deutschen Einheit gegeben und ihre Podiumsgäste, unter ihnen Lothar de Maizère, Hinrich Lehmann-Grube und Christoph Links, gefragt: „Am Ziel vorbei?“ Der zuletzt genannte Verleger hat diese Frage übrigens längst in einer in seinem Verlag erschienenen Zwischenbilanz zur deutschen Einheit beantwortet. Der Titel des Buches, in dem 20 Politiker und Publizisten aus allen Parteien zu Wort kommen, lautet nämlich „Am Ziel vorbei!“. Links ging in der Handelsbörse sehr kritisch auf die Politik der Treuhand ein, die seiner Ansicht nach hauptsächlich

lich für die heutige wirtschaftliche Misere im Osten verantwortlich sei. Der letzte Ministerpräsident der DDR dagegen plauderte heiter zu verschiedenen, längst bekannten Aspekten und Umständen der Verhandlungen über den Beitritt der DDR zur BRD und war sich mit dem früheren Leipziger Oberbürgermeister einig, dass mehr nicht zu machen gewesen wäre. Vielleicht wäre endlich einmal eine Entschuldigung bei vielen ostdeut-



Daniela Dahn

schon Bürgern fällig gewesen. Stattdessen gab er ihnen seinen abgedroschenen alten Standardratschlag, ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Andere „Sieger“ der Geschichte – wie der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Papier, am 9. September in der Nikolaikirche und der ehemalige Stasi-Jäger Gauck am gleichen Tag im Gewandhaus – würdigten salbungsvoll die mit der „Vereinigung“ errungene Freiheit, ohne allerdings auf das oben angeführte Zitat Erhards zu verweisen. Insgesamt blieben auf den Foren viele drängende Fragen unbeantwortet. „Deutschland helfen – aber wie?“ hatte der Kabarettist Georg Schramm sein Programm zur Lachmesse überschrieben. Aber auch er blieb am 9. Oktober im



Georg Schramm

Schauspielhaus eine befriedigende Antwort schuldig. Obwohl: Seine spöttisch-ironische Bestandsaufnahme war außerordentlich bemerkenswert und realitätsnah. Christa Luft übrigens zitierte am Ende ihrer Ausführungen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung das chinesische Sprichwort: „Es ist besser, eine Kerze anzuzünden, als über die Dunkelheit zu jammern.“ Auch wenn es als Ermutigung für den Einzelnen gedacht war, sich nicht unterkriegen zu lassen, sollte es erlaubt sein, die Worte im übertragenen Sinne auszulegen. Die Zeit der brennenden Kerzen scheint zumindest nicht mehr fern zu sein



Trauriger Rekord

Mit dem Abschluss des Wettbewerbs „Wer hat den längsten Schulweg?“, den die Landtagsabgeordneten der Linksfraction PDS Julia Bonk und Heiko Hilker organisiert hatten, wurden die längsten Schulwege und ihre traurigen Gewinner ermittelt. In über 300 Zuschriften gaben Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Land Entfernung und benötigte Zeit für ihren täglichen Schulweg an. Die Schulschließungspolitik der Staatsregierung zu Beginn des neuen Schuljahres hatte die Situation noch verschärft.

Eine vierzehnjährige Schülerin aus dem Landkreis Meißen belegt den ersten Platz mit einem regelmäßigen nachmittäglichen Weg von zwei Stunden und 40 Minuten. Sie gewinnt eine Jahreskarte für den Bus. Der zweite Platz geht an eine Schülerin aus dem Landkreis Bautzen, die regelmäßig zwei Stunden für den Weg nach Hause benötigt. Sie erhält eine Monatskarte. Die Beispiele sind keine Einzelfälle. Viele Schülerinnen und Schüler gaben zudem an, den Schulweg zwischen 6.00 Uhr und 6.15 Uhr antreten zu müssen.

Julia Bonk sagte dazu: „Für eine grundlegende Veränderung der miserablen Situation unzumutbar langer Schulwege fordert die Linksfraction, weitere Schulschließungen zu unterlassen, um nicht noch längere Schulwege zu provozieren. Außerdem muss die Staatsregierung die Landkreise bei den gewachsenen finanziellen Belastungen für den Schülerverkehr stärker unterstützen.“

Kein gutes Zeugnis für Regierende

Rechnungshofbericht deckt zahlreiche Erscheinungen von Misswirtschaft auf

LN. Während eine von der Regierung in Auftrag gegebene telefonische Befragung der CDU gestiegenen Zuspruch bescheinigt, sagen Untersuchungen des Landesrechnungshofes etwas anderes zur Qualität der Regierungsarbeit. Sein Bericht, der sich noch auf den Zeitraum bezieht, in dem die Union allein regierte, weist auf zahlreiche Missstände hin.

Bei den 207 geprüften Objekten stellte die Behörde fest, dass 5,6 Millionen Euro zum Fenster hinausgeworfen wurden. Darüber hinaus erhielten in Sachsen entgegen einer Bund-Länder-Verein-

barung nicht nur Kommunen, sondern auch Privatleute eine finanzielle Förderung. Die Empfänger setzten das Geld häufig nicht, wie vorgeschrieben für den Wohnraumbestand, sondern für den Abriss von Ruinen oder für Gewerbeflächen ein. Festgestellt wurde auch, dass der Fuhrpark der Polizei viel zu groß ist. Fehlerhafte Subventionsverfahren kritisierten die Prüfer beim Landessportbund, im Landestourismus sowie im Schienenpersonennahverkehr. Im Umwelt- und Landwirtschaftsministerium seien 80 bis 90 Perso-

nalstellen überflüssig. Auf Letzteres verweisend, äußerte der Linkspartei-Abgeordnete Heiko Hilker, in seiner damaligen Verantwortung für Umwelt und Landwirtschaft sei Minister Flath nicht in der Lage gewesen, bei der 1998 begonnenen Zusammenlegung der Landwirtschafts- und Umweltministerien entsprechende Strukturveränderungen durchzuführen. Er habe sechs Jahre seinen eigenen „Stall“ nicht aufgeräumt, fühle sich aber als Kultusminister berufen, die sächsische Schullandschaft „auszuholzen“.

Porsch verweigert Anhörung

LN. Der Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Peter Porsch und sein Rechtsanwalt Dr. Peter-Michael Diestel erklärten zur abermaligen Anhörung vor dem Immunitätsausschuss des Landtags, der sich mit der Erhebung der Abgeordnetenanklage gegen Porsch befaßt, auch in diesem Ausschuss werde keine wirkliche Auseinandersetzung mit der rechtlichen Problematik und den vorliegenden Tatsachen erfolgen. Das Ergebnis sei vorhersehbar. Aufgrund dessen wird Porsch nach Absprache mit seinem Rechtsanwalt den Anhörungstermin nicht wahrzunehmen. Beide erklären, Porsch sieht nun eine wichtige Aufgabe darin, diese von der Rechtsprechung abweichende Praxis des Sächsischen Landtages zum Umgang mit ostdeutschen Persönlichkeiten zu bekämpfen, er werde seine ganze Kraft dazu nutzen, das freie Mandat eines Abgeordneten mit ostdeutscher Vergangenheit zu verteidigen. Denn es liegen keine Beweise für eine IM-Tätigkeit vor. Es existieren weder eine Verpflichtungserklärung noch eigenhändig ge- bzw. unterschriebene Berichte. „Der Abgeordnete Prof. Dr. Peter Porsch wurde, ohne dass ihm dies von Mitarbeitern der Ministeriums für Staatssicherheit der DDR offenbart wurde, als Informationsquelle abgeschöpft.“

Nach einer Verpflichtungserklärung, einer eigenhändigen, Berichterstattung und deren schädliche Auswirkungen für Dritte werde offenbar nicht mehr gefragt, wenn ein Abgeordneter seines Mandates beraubt werden soll. Porsch und sein Anwalt konzentrieren sich daher auf das Verfahren vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof und vertrauen darauf, dass dieser die verfassungsmäßigen Rechte und die rechtsstaatlichen Grundsätze wahren wird.

Schritte gegen Ärztemangel unzureichend

LN. Auf aktuelle Medienberichte über Aktivitäten zur Überwindung des seit langem offenkundigen Ärztemangels in Sachsen reagierte der Landtagsabgeordnete Dr. Dietmar Pellmann (Linkspartei) mit einer kritischen Beurteilung der bisherigen Maßnahmen und konstruktiven Vorschlägen. Er stellte zwar einen Sinneswandel bei der Regierung fest, die noch vor Jahren Warnungen der PDS vor einem drohenden Ärzte-

mangel in Sachsen als Gespens- terdebatte abgetan wurde. Aber die eingeleiteten Maßnahmen reichten in keiner Weise aus. Die medizinische Versorgung dürfe nicht nur der Kassenärztlichen Vereinigung oder den Krankenkassen überlassen werden. Die Sozialministerin müsse dem Landtag eine Gesamtstrategie vorlegen. Es dürfe nicht erst dann reagiert werden, wenn eine Region als unterversorgt gilt. Schon heute sei ab-

sehbar, dass in den nächsten fünf Jahren fast zwei Fünftel der gegenwärtigen Hausärzte in den Ruhestand gehen.

Pellmann sprach sich dafür aus, die finanzielle Förderung junger Ärzte bei Praxisübernahmen und Neugründungen zu erhöhen und auf weitere Regionen zu übertragen. Um Ärzte zu entlasten, müsse es wieder Gemeindegewestern geben. Nötig sei auch eine Angleichung der Ärzthonorare in Ost und West.

Weniger Polizisten

LN. Die Gewerkschaft der Polizei in Sachsen hat auf einer Pressekonferenz vor einem weiteren Stellenabbau in diesem Bereich gewarnt. Sie befürchtet ein Absinken der Qualität der Polizeiarbeit und Einschränkungen bei der Gewährleistung der persönlichen Sicherheit der Bürger. Im Namen der Linksfraction PDS im Landtag forderte Cornelia Ernst Innenminister die Maiziäre auf, endlich konkrete Zahlen zur angekündigten Stellenreduzierung in diesem Bereich mitzuteilen und die Folgen einzuschätzen.

Milbradt belastet

LN. Im Untersuchungsausschuss des Landtags zur Landesbank-Affäre hat Jürgen Geißinger, Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Leasing AG, die Glaubwürdigkeit von Ministerpräsident Milbradt schwer erschüttert. Er widerlegte Milbradts Behauptung, er sei über Einzelheiten nicht informiert gewesen. Die dem Ausschuss vorliegenden Vermerke aus der Staatskanzlei bestätigten die Richtigkeit dieser Aussage. Der Zeuge belegte zudem das Versagen der Staatsregierung als Rechtsaufsicht.

Aufgewacht

LN. Ein CDU-Antrag im Landtag, dem Freistaat und den Kommunen dürfe mit Wegfall der Bundesmittel für Unterkunft und Heizung bei ALG II-Empfängern kein Nachteil entstehen, stimmt – so MdL Michael Friedrich – inhaltlich komplett mit dem ersten Punkt des am 6. Oktober eingebrachten Dringlichen Antrages der Linksfraction überein, dessen Dringlichkeit die Koalitionsmehrheit abgelehnt hatte. Der Antrag wird ohnehin auf der nächsten Tagesordnung stehen, daher sei die verspätete Initiative schlicht überflüssig.

4. Oktober

Dresden. Auf einem sächsischen Schülerkongress zum Thema Schule der Zukunft fordern Teilnehmer kleinere Klassen und mehr Mitbestimmung.

Dresden. Die von Innenminister de Maizière konzipierten Modelle für eine Verwaltungsreform in Sachsen – u. a. mit einer Reduzierung der Anzahl der Kreise von 22 auf 12 – stößt auch in der CDU auf Kritik.

5. Oktober

Dresden. Der Landtag lehnt mit den Stimmen der CDU/SPD-Koalition den Vorschlag der Linksfraction ab, die Gehälter von Unternehmensgeschäftsführern und -vorständen offenzulegen.

Dresden. Der Vizepräsident des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, Wolfgang Tiefensee, kritisiert den Beschluss, den Kommunen die Bundeszuschüsse für Wohn- und Heizkosten der Hartz IV-Empfänger rückwirkend ab Januar 2005 nicht mehr zu gewähren und die bereitgestellten Mittel zurückzufordern.

8. Oktober

Dresden. Im Alter von 95 Jahren stirbt

SACHSEN-CHRONIK

4. bis 17. Oktober

der verdienstvolle Nestor der Denkmalpflieger Sachsens, DDR-Nationalpreisträger Hans Nadler. Seit 1949 sächsischer Landesdenkmalpflieger, war er bis 1982 als Institutsdirektor auf diesem Gebiet tätig. Er gehörte zu den Initiatoren für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche.

Delitzsch. Landrat Czupalla kündigt Widerstand gegen die von Leipzigs OBM Tiefensee vorgeschlagene Fusion der Kreise Delitzsch und Leipziger Land an.

11. Oktober

Dresden. Bei einer Befragung von 1003 Personen in Sachsen durch das EMNID-Institut erhält die CDU 42 Prozent der Stimmen (Landtagswahl 41), die SPD 13 (10), die Linkspartei 28 (24). Die FDP kommt auf 5 (6), die Grünen auf 4 (5), die NPD auf 5 Prozent (9,2).

Dresden. Minister Metz lockert die im Juni verhängte Haushaltssperre. 60 von gesperrten 190 Millionen Euro werden freigegeben. Sie sollen ausschließlich für Investitionen verwendet werden. Die Mittel wurden frei durch die Senkung von Personalausgaben.

12. Oktober

Dresden. Einen Monat nach Beginn des Berufsausbildungsjahres sind in Sachsen trotz deutlichen Rückgangs in den letzten Wochen noch 2195 Jugendliche ohne Lehrstelle. Die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze war gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent auf 16 200 zurückgegangen.

14. Oktober

Dresden. Das US-Unternehmen AMD nimmt seine zweite Fabrik in der Stadt in Betrieb. Rund 1000 Mitarbeiter bauen

hier eine neue Generation von Mikroprozessoren.

Leipzig. Auf der Grassmesse präsentieren 60 Kunsthandwerker aus acht Ländern, ausgewählt aus einem Kreis von 300 Bewerbern, ihre Exponate.

Dresden. Die sächsische FDP befürwortet zwar Vorschläge des Innenministers zur Reduzierung der Anzahl der Kreise in Sachsen, plädiert aber zugleich für die Abschaffung der Regierungspräsidien.

Leipzig/East Midlands. DHL wird künftige Mitarbeiter des Luftdrehkreuzes am Flughafen Leipzig/Halle ab Anfang 2006 auf dem Flughafen East Midlands in England ausbilden.

15. Oktober

Leipzig. Der Gasversorger Mitgas, der auch große Teile Nordost-Sachsens mit Erdgas beliefert, hebt die Tarife für Haushalte und kleine Gewerbebetriebe um bis zehn Prozent an.

16. Oktober

Dresden/Leipzig. Nach dem Auftreten von Vogelgrippe in der Türkei erweitert der Zoll Einfuhrkontrollen an sächsischen Flughäfen und auf Autobahnen.

Im Artikel zur 100-jährigen Geschichte des Leipziger Neuen Rathauses, den LN anlässlich seiner Einweihung am 7. Oktober 1905 veröffentlichte (Nr. 20/2005), konnte die Persönlichkeit seines Architekten nicht ausreichend gewürdigt werden. Der nachstehende Beitrag folgt den Spuren, die Hugo Licht in Leipzig hinterlassen hat.

Architekt des Neuen Rathauses und Stadtbaurat Hugo Licht

Hugo Licht wurde am 21. Februar 1841 in Nieder-Zedlitz bei Frau-stadt/Posen geboren und verstarb nach einem schaffensreichen Leben am 28. Februar 1923 in Leipzig. Seine Ausbildung erhielt er in Berlin an der Bauakademie im Atelier Ende und Böckmann sowie in Wien bei Richard Lucae. Als freischaffender Architekt entwarf er in Berlin Wohnbauten und die Trauerhalle des Jüdischen Friedhofs in der jetzigen Herbert-Baum-Straße. Preußische Baustile und vermutlich auch konservative Denken in der Gestaltung prägen deshalb auch die Entwürfe seiner Leipziger Bauten, nicht aber die moderne Funktionalität. 1879 wurde er Leiter des Städtischen Hochbauamtes in Leipzig und später Stadtbaurat.

Hugo Licht wirkte in einer Zeit, in der es schwerfällt, Bauentwürfe einem Stil zuzuordnen. Nach Klassizismus und Biedermeierzeit und vor dem Bauhausstil entstand kein eigenständiger, sich grundsätzlich durchsetzender Baustil. Nur zum Ende wurden kurzzeitig Elemente des in der Malerei entstandenen Jugendstils in die „gehobene“ Architektur aufgenommen. Vor allem ahmte man historische Stile nach, wurden neoromanische, neogotische, neobarocke oder Neorenaissance-Bauten errichtet oder vorhandene Gebäude umgestaltet, unter Fachleuten als Historismus oder Eklektizismus bezeichnet. Diese Bauten hatten besonders in den 60er bis 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts unter Baufachleuten kein hohes Ansehen, erfuhren aber seit den 1880er Jahren wieder wachsende Anerkennung.

Die vorangegangene sogenannte „Gründerzeit“ war eigentlich um 1890 nach dem „Gründerkrach“ schon wieder zu Ende. Die Wilhelminische Zeit bis zum Ende des 1. Weltkrieges mit dem Streben nach Weltherrschaft materialisierte sich in den Bauten und macht sie noch heute fühl- und erlebbar. Die großen Profanbauten, deren Auftraggeber das Reich, das Land und die Stadt oder Fabrikbesitzer, Bankiers, Beamte, Künstler und Wissenschaftler waren, drücken dies neben Selbstdarstellung und Großmannssucht im Inneren und den Außenfassaden aus. Selbst an die billigen Mietskasernen in den innerstädtischen Arbeiterquartieren und Vorstädten wurden auch an primitive Baukonstruktionen Applikationen aus Stuck „geklebt“, die als Massenware über Kataloge bestellbar waren. Teilweise zog sich dies bis in die Treppenhäuser, wohnten doch oftmals in der ersten Etage der Vorderhäuser die Hausbesitzer, die aus den Mieteinnahmen ihre Rente bestritten.

Als Stadtbaurat konnte Hugo Licht seine Bauwerke ganzheitlich entwerfen. Zu den Bauten, deren Entwürfe aus seiner Feder stammten, gehören die durch anglo-amerikanische Bomben im 2. Weltkrieg zerstörte Markthalle am heutigen Wilhelm-Leuschner-Platz (1890/91), das 1883–86 unter seiner Leitung umgebaute und erweiterte Bildermuseum, der Kirchenschiffneubau der Johanniskirche als Ergänzung zum

barocken Kirchenturm (1894/97) ebenso wie die Kapelle und die Leichenhalle des Neuen Johannisfriedhofs (1881/84). Sein herausragendes Meisterwerk ist das „Neue Rathaus“, 1898–1905 erbaut. Die innere und äußere Gestaltung des Rathauses greift teilweise die Gedankenwelt der Freimaurer und Elemente des Jugendstils auf. Dieser findet sich im Rathaus beispielsweise in der Fenstergestaltung wieder.

Denkmalpfleger Dr. Wolfgang Hoquel sagt Hugo Licht nach, dass er unter ihm arbeitenden Architekten freie Hand und Gestaltungsräume ließ. Lichts Mitarbeiter Arwed Roßbach ist durch Bauten wie die Universitätsbibliothek oder die Deutschen Bank, mit auf dem Areal der ehemaligen Pleißenburg gelegen, selbst ein bedeutender Leipziger Architekt geworden. Außerhalb Leipzigs entwarf Licht außerdem 1910 das Rathaus in Döbeln und ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Breslau.

Neben dem ehemaligen Reichsgericht – von 1945 bis 1990 Dimitroffmuseum und heute Bundesverwaltungsgericht –, der Universitätsbibliothek und stadtpalaisähnlichen Gründerzeitwohnhäusern prägt das 1885/1887 errichtete Konservatorium für Musik, das heutige Hauptgebäude der Hochschule für Musik und Schauspiel „Felix Mendelssohn Bartholdy“ im Musikviertel. In direkter Nachbarschaft, in der Grassistraße 13, befindet sich ein ebenfalls von Hugo Licht entworfener und in der Errichtung verantworteter Schulbau, die Städtische Gewerbeschule, die seit vielen Jahrzehnten von der Technischen Hochschule, der heutigen HTWK genutzt wird. In der Südvorstadt entwarf er die von 1881 bis 1883 gebaute 8. Bezirksschule. Ebenfalls die Handschrift Lichts trägt die heute zum Universitätsklinikum gehörende Klinik „Rotes Haus“ (1887/89) und der 1943 abgebrannte Aus-

sichtsturm im Rosental. Zu den bedeutenden Gebäuden nach Lichts Entwürfen gehört weiterhin das großzügig geplante Alte Grassmuseum am Wilhelm-Leuschner-Platz (heute Stadtbibliothek). Unweit davon befindet sich das 1889–1890 als Polizeipräsidium errichtete Haus in der heutigen Dimitroffstraße. Zwischen 1886 und 1888 wurde das Predigerhaus am Nikolaikirchhof nach den Plänen von Hugo Licht gebaut. Es hatte ursprünglich eine im süddeutschen Raum oft zu findende, für Leipzig fast einmalige Fassadenmalerei.

Auch in Freiräumen der Stadt hinterließ Hugo Licht seine Spuren. Er entwarf den Neubau des Brunnens am Naschmarkt, der vom hölzernen Vorgängerbrunnen die zwei 1820 in Lauchhammer gegossenen Löwenfiguren aufnahm, die auf ein Modell des berühmten Bildhauers Johann Gottfried Schadow zurückgehen. Dank des Engagements vieler Leipziger in der damaligen Stadtverordnetenversammlung, aber auch von Denkmalpflegern wie Wolfgang Hoquel, konnten Anfang der 90er Jahre zahlreiche Gebäude des von Hugo Licht entworfenen, damals am Stadtrand gelegenen Städtischen Schlachthofes im Bereich Kant- und Richard-Lehmann-Straße erhalten und im Rahmen des neugebauten Hauptzentrums des Mitteldeutschen Rundfunks eine neue repräsentative Nutzung erhalten.

Bei der Feier am 7. Oktober zur Eröffnung der Ausstellung zum Wirken Hugo Lichts aus Anlass der 100-jährigen Wiederkehr der Eröffnung des Neuen Rathauses konnte Dr. Peter Leonhardt vom Amt für Bauordnung und Denkmalpflege, der sich schon seit vielen Jahren mit der Baugeschichte des Rathauses beschäftigt, auf Interessantes verweisen. So war ursprünglich nicht nur der Abriss des Alten Rathauses, sondern sogar des Naschmarktes mit der Han-



delsbörse und des heutigen Handelshofes für die Errichtung eines Rathauses vorgesehen. Leipzig war zu Beginn des 20. Jahrhunderts viertgrößte Stadt Deutschlands und wichtigste Messestadt. Sie stand damals in unmittelbarer Konkurrenz mit den größten deutschen Städten. So dürfte es kein Zufall sein, dass deshalb der Lichtsche Entwurf eines Neuen Rathauses am Markt große Ähnlichkeit mit dem 1897 eröffneten Hamburger Rathaus aufweist. Dieses große Rathaus hätte die gesamte Umgebung durch Höhe und Baumasse erdrückt.

Der Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums, Volker Rodekamp, wusste zur Ausstellungseröffnung zu berichten, dass sich Licht, der den Bau des Neuen Rathauses persönlich leitete, für die Bauarbeiter einsetzte, was auch Lohnerhöhungen für Fachleute einschloss, um diese in Leipzig zu halten. Dies verwundert wiederum nicht, hat doch Hugo Licht selbst den Beruf eines Maurers erlernt und ausgeübt. Baumeister waren eben nicht nur Künstler und Ingenieure, sondern verstanden es meisterlich, auch mit Menschen umzugehen und Probleme zu meistern.

OBM Tiefensee fand in seinem Grußwort nur den Bezug zum 9. Oktober 1989. Dass Altes und Neues Rathaus im zweiten Weltkrieg teilzerstört und schwer beschädigt waren und unter großer Not mit viel Mühen in den Nachkriegsjahren aufgebaut wurden, war kein Wort der Erinnerung wert.

Mit der Herausgabe der Zeitschriften „Architektur des XX. Jahrhundert“ zwischen 1901 bis 1914 und „Der Profanbau“ von 1906 bis 1920 dürfte Hugo Licht zu jenen gehören, die sich für das Bauen in anderen Städten ebenso interessierten wie sie das Leipziger Bauge-schehen und Bauten auch anderen nahebrachten. Dies ist vielleicht neben der Messe oder der Universität einer der Umstände, die unsere Stadt national und international immer interessant machten und Provinzmief verhindern halfen. Denn zu jeder Zeit waren viele Bauherren und Bauleute in der Stadt neuen Baukonstruktionen und Stilrichtungen ebenso wie Bautechnologien aufgeschlossen. Leipzig hatte und hat Architekten, Städtebauer, Bauarbeiter, engagierte und kompetente Fachleute in der Stadtverwaltung und im Stadtrat, deren Erfahrungen und Ansichten auch außerhalb gefragt sind und die unbedingt ebenso von anderen lernen wollen.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Sprecher für Stadtentwicklung der Stadtratsfraktion Die Linke.PDS



Lichts Entwurf für ein neues Rathaus am Markt an Stelle des Alten Rathauses

Destabilisierung durch intensive Förderung der Zivilgesellschaft

Unter ihrem Präsidenten Lukaschenko wurde in der Republik Belarus ein Wirtschafts- und Sozialsystem geschaffen, durch das sich der Lebensstandard des belorussischen Volkes positiv von dem der übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken abhebt. Die Tatsache, dass die Staatsführung diese Entwicklung konsequent weiter verfolgt und weitgehend soziale Elemente des sowjetischen Wirtschaftssystems beibehält, stößt auf wachsenden Unmut in der westlichen Welt. Vor allem nach dem Wahlerfolg Lukaschenkos im Oktober 2004 werden die oppositionellen Kräfte im Land in verstärktem Maße von außen, unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Institutionen unterstützt.

Die massiven Angriffe deutscher Institutionen gegen Belarus sind unbedingt auch im Zusammenhang mit dem Weltmachtstreben der deutschen Industrie zu betrachten, das in dem im Mai 2004 vorgestellten Konzept der

Von **HELMUT ULRICH**

deutschen Außenpolitik von Groß-Europa seinen Niederschlag findet. Unmittelbar nach Aufnahme der neuen EU-Mitglieder sollten die Ukraine, Belarus sowie Moldava in einem Zwischenstaatsraum geparkt und der deutschen Marktexpansion zugeführt werden. Mangelnden Gefolgschaftswillen droht Berlin mit Wirtschaftsblockaden abzustrafen. Variationen dieser Strategie verfolgt die deutsche Politik im Mittelmeergebiet und in den arabischen Staaten, wo sie mit den USA um ein neues Kolonialgebiet konkurriert. Die vollständige Realisierung dieses Konzepts scheitert jedoch am Widerstand der Republik Belarus. Nachdem mit entsprechender logistischer Unterstützung in der Ukraine die „Orange Revolution“ inszeniert und in deren Folge eine der westlichen Staatengemeinschaft genehme Regierung installiert werden konnte, hofft man nun, mit derselben Methode die Regierung von Belarusland zu ersetzen. Doch dazu fehlt bis jetzt eine wesentliche Voraussetzung – das Vorhandensein einer starken Opposition und die Unzufriedenheit von großen Teilen des Volkes. Belorussland folgt dem Modell einer sozialen Marktwirtschaft, wie es vor vielen Jahren in Westeuropa erfunden wurde, das sich aber inzwischen dort in einem rasanten Auflösungsprozess befindet. Und auch die Zuordnung der Republik Belarus zu den „fünf Vorposten der Tyrannei“ durch die US-Außenministerin Condoleezza Rice wird an diesem Kräfteverhältnis nichts ändern, wenn auch die oppositionellen Eliten „Europareife“ erlangen und damit zu einem respektierten Mitglied der „internationalen Gemeinschaft“ werden möchten.

„Schurkenstaat“



Das Staatswappen der Republik Belarus weist gegenüber dem der Sowjetrepublik Belorussland nur marginale Unterschiede auf – Hammer und Sichel wurden durch die geographischen Umrisse der Republik ersetzt

Wirtschaftliche Entwicklung

Belarus hat inzwischen als erster GUS-Staat den Wirtschaftsstand des Jahres 1990 sowohl beim Produktionsumfang als auch beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) wieder erreicht. Allein im ersten Quartal des Jahres 2004 stieg die Produktion um 14,4 Prozent und das BIP um 9,7 Prozent. Dabei resultiert dieses Wirtschaftswachstum weder aus der Wirtschaftstätigkeit ausländischer Konzerne noch aus Privatisierungen. Das Land profitiert hier noch von den in der Sowjetunion getätigten Investitionen in die verarbeitende Industrie. Noch heute ist Belarus weltweit der drittgrößte Produzent von Traktoren. Bis August 2004 sind nur 1,5 Milliarden Euro an ausländischen Direktinvestitionen ins Land geflossen

und lediglich 20 Prozent des BIP werden vom Privatsektor erwirtschaftet. Das nach Kaufkraft gewichtete Pro-Kopf-Jahreseinkommen liegt mit 9 200 Euro deutlich über dem von Russland (7 800 Euro) und der Ukraine (5 100 Euro).

Genady Novitzky, Vorsitzender der Oberkammer des Parlaments erklärte dazu: „Belarus hat sein eigenes Entwicklungsmodell gewählt. Das Wesen dieses Modells sind keine Schocktherapie und pauschale Privatisierung, sondern kontinuierliche Wirtschaftsumwandlungen im Interesse des Volkes.“

Deutscher Einfluss auf Eliten

Zahlreiche Organisationen der BRD unterstützen die Bestrebungen der schwachen Opposition in Belarus zu einem Politikwechsel. So wurden etwa 70 Studierende der ehemaligen privaten „Europäischen Humanistischen Universität“ (EHU) in Minsk vom Auswärtigen Amt nach Deutschland übernommen. Die EHU wurde im vergangenen Jahr geschlossen, weil sie als Begleitobjekt westlicher Umsturzinteressen galt. Ihre Stipendien finanzieren u. a. die Vorfeldorganisationen der deutschen Osteuropa-Politik: Konrad-Adenauer-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Möllgaard-Stiftung; die ehemaligen Dozenten der EHU, die ebenfalls in die BRD geholt wurden, finanziert die Robert-Bosch-Stiftung. Durch diese Maßnahme will sich die Berliner Außenpolitik einen langfristigen Zugriff auf abhängige Teile der belorussischen Eliten sichern.

Seit Mitte der 1990er Jahre wurde der deutsche Einfluss auf die belorussischen Eliten, vor allem im akademischen Be-

reich, systematisch aufgebaut. Besonderer Schwerpunkt war dabei die EHU Minsk, an der seit 1998 ein Institut für Deutschlandstudien (IfD) bestand, das auf Initiative der deutschen Botschaft gegründet wurde. An diesem Institut, das jetzt als selbständige Einrichtung existiert, sind Dozenten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Robert-Bosch-Stiftung beschäftigt. Am IfD wird seit sechs Jahren der Studiengang „Internationales Wirtschaftsrecht“ von Professoren des Institutes für Recht der Wirtschaft an der Universität Hamburg angeboten. Die Finanzierung erfolgt durch die Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit. Seit März 2004 wird in Zusammenarbeit mit der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/O) der deutschsprachige Studiengang „Master in Internationalem Management“ angeboten, der von der DAAD gefördert wird. Die in Belarus erscheinende deutschsprachige Zeitschrift „Belorussland & Unternehmen“ ist ebenfalls ein Kooperationspartner des IfD.

Neben den bereits genannten sind noch die den deutschen Parteien nahestehenden Studentenorganisationen sowie der freie Zusammenschluss der studentInnen-schaften (fzs), der Dachverband der Studentenvertretungen.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), eine staatlich finanzierte Einrichtung, spielt hierbei eine Vorreiterrolle. Er ist eine gemeinsame Einrichtung der deutschen Hochschulen und beschreibt sich selbst als eine Mittlerorganisation der auswärtigen Kulturpolitik, deren Aufgabe es ist, den nationalen Einfluss der BRD im Ausland zu stärken. Die Ziele sind dabei

– Mitwirkung bei der Bildung eines weltweiten Netzwerkes von Führungspersönlichkeiten, die Deutschland zugeneigt sind.

– Förderung deutscher Nachwuchseliten durch Auslandsaufenthalte, um so künftige Führungspersönlichkeiten für Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu rekrutieren.

– Durch gezielte Anwerbung ausländischen Personals soll der Wissenschaftsstandort Deutschland gestärkt werden. Durch diese gezielte Abwerbung qualifizierten Personals (brain drain) werden die Entwicklungschancen der betroffenen Länder erheblich eingeschränkt.

– Förderung der Germanistik und deutschen Sprache, Literatur und Landeskunde an ausgewählten ausländischen Universitäten, um Deutsch als wichtige Kultur- und Verkehrssprache zu stärken und das Interesse, die Kenntnis und die Sympathie für Deutschland und sein kulturelles Erbe zu befördern.

– Unterstützung des wirtschaftlichen und demokratischen Reformprozesses im Ausland; im Klartext heißt das: direkte Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten.

Das Motto des DAAD Wandel durch Austausch (change by exchange) beschreibt in aller Kürze die wirklichen Aufgaben dieser Einrichtung, die sich nicht nur auf Belarus beziehen. Für diese



Belarus

Aufgaben stehen dem DAAD umfangreiche staatliche bzw. EU-Mittel zur Verfügung. Im Jahr 2004 waren es insgesamt 237,5 Millionen Euro, davon 118,3 vom Auswärtigen Amt, 60,5 vom Bundesministerium (BM) für Bildung und Forschung, 21,7 vom BM für wissenschaftliche Zusammenarbeit, 1,1 vom BM für Wirtschaft, 0,3 von Sonstigen, 0,6 von Ländern, 25,1 von EU, 9,9 von Anderen.

Vorbereitungen zum Umsturz

Die Vorbereitungen für einen Umsturz in Belarus laufen bereits seit mehreren Jahren. So hat das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) schon im Jahr 2002 ein Förderprogramm für die Republik Belarus als Teil einer Strategie *friedlichen Wandels* aufgelegt, die sich gegen die Regierung Lukaschenko richtet. Damit soll die *Transformation* Belorusslands und seine Anbindung an die EU sowie die Unterordnung unter deutsche Interessen gefördert werden. Das Projekt zielt auf die *Unterstützung der belorussischen Zivilgesellschaft*, die Gelder gehen an Projekte, die die Organisation der Gesellschaft nach deutschen Vorgaben fördern.

Mit dem Förderprogramm *Belarus 2002* folgte die Bundesregierung Empfehlungen, die Michael Staaek in der Zeitschrift *Internationale Politik* veröffentlichte (Staaek, heute Professor an der Universität der Bundeswehr in München, war von 1998 bis März 2001 Gründungsdirektor des Instituts für Deutschlandstudien an der EHU Minsk). er empfiehlt, Deutschland solle Belarus durch *intensive Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen* an sich binden.

Einer der einflussreichsten deutschen „think tanks“, die *Bertelsmann-Stiftung*, verlangt von der EU, auf die kommenden Präsidentschaftswahlen in Belarus direkten Einfluss zu nehmen und dabei bislang nicht erlaubte Finanzierungsmethoden anzuwenden. Im Ergebnis eines Treffens, das die als *privat* geltende *Bertelsmann-Stiftung* in Kooperation mit dem litauischen Außenministerium am 1. und 2. Februar 2005 in der litauischen Hauptstadt Vilnius durchgeführt hat, wurde dazu ein „Strategiepapier“ erarbeitet. An dem Treffen, das einen offenen Akt der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates darstellt, nahmen Vertreter mehrerer Außenministerien und verschiedener „Nichtregierungs-Organisationen“ sowie Mitglieder der belorussischen Opposition teil. In dem Papier werden detaillierte Handlungsvorschläge aufgelistet, die an bekannte Mittel zur Vorbereitung und Durchführung des Umsturzes in Kiew erinnern. So sollen *europäische Politiker vor den Präsidentschaftswahlen nach Belarus gebracht* und ein Konzept für das Vorgehen nach den Wahlen erarbeitet werden. *Politische Parteien* müssten mit *technischer Ausrüstung, wahlkampfbezogenen Materialien und Reisekosten* unterstützt werden. Die *Bertelsmann-Stiftung* weist dabei ausdrücklich darauf hin, dass

die geplanten Finanztransfers gültige EU-Regularien für die üblichen Auslandsprogramme (TACIS) verletzen. Um diese Bestimmungen zu umgehen, wird die Gründung eines neu zu schaffenden EU-Fonds vorgeschlagen, der *außerhalb der strengen Richtlinien der Kommission* anzusiedeln ist. Für die vertrauliche Verwaltung dieser Umsturzkasse komme nur eine *kleine (...) Anzahl interessierter Mitgliedsstaaten* in Frage.

Zur konkreten Umsetzung der Destabilisierungs-Pläne schlägt die Stiftung vor, einen an Belarus angrenzenden EU-Staat (Litauen, Polen) zur Zentralstelle für die Abwicklung der von außen gesteuerten Aktivitäten der Opposition zu benennen. *Westliche Finanziers und Regierungen* sollten *koordiniert* werden, mit der russischen Regierung sei Einvernehmen zu erzielen. Der internationale Druck auf die belorussische Regierung müsse aufrecht erhalten, der Opposition jedoch eine *politische Plattform im Ausland* verschafft werden. Die *Bertelsmann-Stiftung* schlägt weiter vor, in ihre Politikampagne *Jugend- und Studentenbewegungen* zu integrieren sowie das *Netzwerk der Kirchen einzubeziehen und zu nutzen*.

Im Frühjahr 2005 haben Berlin, Brüssel und Washington ihren Druck zum Umsturz drastisch erhöht. Am 16. April beschuldigten die EU-Außenminister die belorussische Regierung, sich in ein Diktatur-Regime zu verwandeln. Am 21. April forderte US-Außenministerin Rice nach einem Treffen mit belorussischen Oppositionellen, es müsse bei den Präsidentschaftswahlen 2006 zu einem Machtwechsel kommen. Bereits am 18. März hatte die Regierung Litauens einen *Internationalen Workshop* veranstaltet, bei dem insgesamt 130 Vertreter der EU-Mitgliedstaaten, der EU, vorgeblicher Nichtregierungs-Organisationen und der belorussischen Opposition die Durchführung und Finanzierung konkreter Einflussprojekte besprachen.



Belarus-Traktoren versandfertig im Traktorenwerk Minsk

In einer Verlautbarung der Regierungen von Russland und Belarus vom April 2005 wird die *Verstärkung der gegen Belorussland gerichteten Kampagne der führenden westlichen Staaten* scharf kritisiert. Zu den Umsturzplänen gehört die mediale Einkesselung des Landes, das durch eine Reihe von Auslandssendern destabilisiert werden soll. Der frühere Chef des BRD-Auslandsgeheimdienstes und spätere Leiter der OSZE-Beobachtergruppe in Minsk, Hans-Georg Wieck, hat dazu ein Programm erarbeitet, *um zu gegebener Zeit in Belarus über handlungsfähige alternative politische Strukturen* zu verfügen. Wie er schreibt, müssten zunächst die *im Ausland bestehenden (...) Radioprogramme „Rcja“ (Polen) und „Baltic Waves“ (Litauen) (...) zu landesweit ausstrahlenden freien Belarus-Auslandssendern* ausgebaut werden. Zugleich sollten russische Fernsehanstalten *gegen Bezahlung Programme der belorussischen politischen und sozialen Opposition* senden, die *außerhalb von Belarus hergestellt werden (Polen, Litauen, Deutschland)*.

Nach Wieck belaufen sich die Kosten für den Umsturz auf etwa 14,2 Millionen Euro jährlich.

Am 1. November beginnt die *Deutsche Welle* mit Sondersendungen nach Belarus. Ziel dieser Sendungen ist nach eigener Darstellung die *Sensibilisierung der dortigen Bevölkerung zu den hohen Zielen deutscher Außenpolitik*. Die Sendungen werden von der EU bezahlt. Der tatsächliche Programmauftrag ist die mediale Subversion der belorussischen

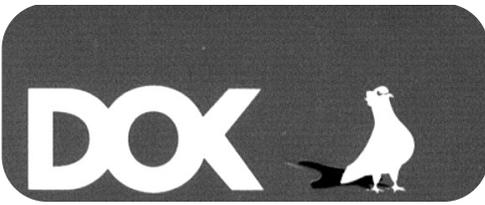
Gesellschaft. Es ist beabsichtigt, die Unzufriedenheit der Menschen zu schüren und die *Verschlechterung der Lage in ihrem Land* herauszustellen. Der Einsatz des Senders gegen Minsk ist eine Wiederholung ähnlicher deutscher Medienaktivitäten unter wechselnden Berliner Regierungen; so wurde der Einmarsch deutscher NS-Truppen in Minsk (August 1941) mit Propagandasendungen eines Vorläufers der *Deutschen Welle* eingeleitet. Die verantwortlichen NS-Verbrecher reorganisierten die *Deutsche Welle* in der Nachkriegszeit und begannen erneut mit subversiver Ostarbeit.

Die 1953 gegründete *Deutsche Welle* ist eine staatlich finanzierte und gesteuerte Rundfunkstation, die wegen ihres geheimdienstlichen Personalbestandes unter Journalisten berüchtigt ist. Ihr Gründungsintendant war der frühere Gestapo-Lockspitzel Dr. Hans Otto Wesemann. Er diente dem NS-Regime, indem er deutsche Widerstandskreise infiltrierte und ihre Mitglieder der Gestapo auslieferte.

Der erste Leiter der Ostprogramme der *Deutschen Welle* war der frühere Chef der deutschen Geheimpolizei im besetzten Athen. Seine und die Tätigkeiten anderer führender Mitarbeiter des Senders blieben auch in der Nachkriegszeit geheimdienstlich geprägt. Die journalistische Zuarbeit für den BND ist unbestritten. So stellt Erich Schmidt-Eenboom fest, dass die *Deutsche Welle* für ihre Osteuropa-Programme über mehrere Jahrzehnte bewusst Agenten rekrutierte, die dort (in Osteuropa) schon im Zweiten Weltkrieg gearbeitet hatten.



In Belorussland gelang es den USA bislang nicht, wie zwischen Tbilissi und Kiew erfolgreich praktiziert, vor allem halbe Kinder für einer orangene „Revolution“ protestieren zu lassen, wo dann die Plakate auch entsprechend hilflos aussahen: „Amerika, überlass die Ukraine nicht einer Gangster-Regierung!“



Nur für absolute Kenner der Leipziger Dok-Woche bemerkbar: Das ist nicht mehr die Taube Pablo Picassos, sondern der Täuberich eines unbekannteren Marketingexperten. Warum das weltbekannte Symbol entsorgt wurde, obwohl keinerlei Tantiemen dafür zu bezahlen sind, gehört wohl in die unerklärliche Rubrik Gedankenlosigkeit.

Das Team um Festivaldirektor Claas Danielsen hat wirklich gewirbelt, um den Standort auch für die Fachbranche attraktiver zu gestalten. Das ist gelungen und wichtig für alle künftigen finanziellen Diskussionen. Weniger bedacht hat man die Tatsache, dass viele Studenten während dieser Dok-Woche noch nicht wieder in Leipzig sind. Die Publikumsstatistik reagierte da sensibel und negativ.

Trotzdem ist der neu eingeführte Publikumstag am Sonntag nach der Preisverleihung ein Plus für den interessierten Besucher. 20 000 kamen dieses Jahr in die Vorführungen und Sonderveranstaltungen; das ist trotz Rückgang zum Vorjahr um 4000 erfreulich, nimmt man die Zahl des Jahres 2003 mit 18 600 Zuschauern hinzu.

Das Festival wurde wegen einer filmischen Fachmesse in Cannes vorverlegt. Die Fachbesucher und Akkreditierungen für Journalisten stiegen allerdings. Gerüchteweise war zu vernennen, dass die Oktobertage mit Frühlingstagen in Leipzig getauscht werden sollen. Da ist erfahrungsgemäß zur Vorsicht anzuraten. Festival ist natürlich vor allem Film und weniger Zahlen. Auch der geübte Besucher hatte da schon seine Mühe, im Programm die Übersicht zu behalten und trotzdem immer wieder zu wissen: Etwas verpasse

ich gerade. Zu den nachdenklichsten Momenten zählte für mich die Arbeit der Dokumentaristin Tamara Misošević „Zur falschen Zeit am falschen Ort“. Eine Spurensuche im brandenburgischen Potzlow, wo 2002 der 17-jährige Marinus von drei Jugendlichen gefoltert und getötet wurde. Sein Freund grub die Leiche aus und ist seitdem traumatisiert. Niemand will sich mit ihm, dem „Verräter“, identifizieren. Er musste die Schule abbrechen. Hier zeigt die Filmemacherin in Nebenszenen, dass Menschen mit dem Verlust des Arbeits-



Before flying back to the earth – Alltag in der Kinderkrebstation. Goldene Taube 2005

platzes auch das Gefühl für eigene Stärke verlorengehen kann. Ein Wahnsinnsfilm über eine Wahnsinnstat in einer offenbar immer wahnsinniger werdenden Gesellschaft.

Absolutes Kontrastprogramm dazu die gutbesuchte Veranstaltung mit 20 Kurzfilmen zum 50. Gründungstag des DEFA-Trickfilmstudios in Dresden. Eine Talenteschmiede, die nach der Wende unsanft abgewickelt wurde.

Wunderbar auch die Wiederbegegnungen in der Retrospektive „Rote Filme sieht man besser“. Immer noch ganz stark und wirksam in Wort und Bild „Winter ade“ von Helke Misselwitz. Produziert 1989. „Restrisiko oder die Arroganz der Macht“ war ein ebenfalls erneut gezeigtes Dokument über die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf. Gedreht 1988 zum Thema: Demokratie und wie sie nicht funktionieren sollte. • M. Z.

Aufgeschnappt

Liebe Frau Merkel,

lassen sie sich nicht so oft im Fernsehen sehen, es könnte Ihnen schaden ...

Guido Westerwelle ist die Maßeinheit des Zumutbaren ... Leider kann man sich seinen Koalitionspartner nicht immer aussuchen ...

Frau Merkel hat die Scheinheiligkeitskonkurrenz gewonnen ...

Kabarettist HENNING VENSKE
auf der Leipziger Lachmesse 2005

Lesefieber: Kinderliteratur und Schiller

Mit zwei originellen Lesungen hat das Schauspiel Leipzig aufgewartet. In der Neuen Szene trifft Langstrumpf im Rahmen der neuen Veranstaltungsreihe *Texte zur Sache* auf unseren Zitterbacke: Kinderliteratur im Ost-West-Dialog. Zwischen Schulbänken und Ranzen wird das Publikum – dessen Herkunft sich an Lachen, Stöhnen und Aha-Ausbrüchen manifestiert – auf eine Reise durch die Welt von Timur, Heidi, Pippi, Alfons, Momo und natürlich Ottokar mitgenommen. Eines stellt dieser Abend sicher heraus:

Kinderliteratur ist ein Spiegel der Gesellschaft. Für die neoliberalisierte Gegenwart steht übrigens ein Auszug aus: *Mein erstes Shoppingbuch*. Die Textauswahl besorgte die Chefdramaturgin Heike Müller-Merten, die künstlerische Leitung oblag Liv-Juliane Barine. Ein gelungenes Experiment.

Friedrich Schillers *Kabale und Liebe* stand im rustikalen, literaturatmenden Ambiente des Schillerhauses auf dem Programm. Ein ganz besonderer Platz für eine „gestische“ (so Regisseur

Thomas Dehler) Lesung: knarrende Bohlen, hölzerner Atem der Balken, Schillers omnipotente Aura. Viel Platz hatten die Studenten des Schauspielstudios nicht, dafür jugendliche Lust am bürgerlichen Trauerspiel. Schiller-Freunde sind am 10. November – Schillers Geburtstag – herzlich eingeladen, sich ab 18 Uhr am Lichterzug vom Markt zum Schillerhaus rege zu beteiligen. Dort warten Überraschungen, Spielszenen und natürlich der Genius selbst.

• D. M.

Die rastlose Ingeborg Stiehler wird 90

Wer sie als Moderatorin in den monatlichen Veranstaltungen der Gesellschaft der Gewandhausfreunde, der Seniorentreffs von Journalisten, Verlagsmitarbeitern und Universitätsdozenten oder auch nur in einem angeregten Pausengespräch der Gewandhauskonzerte erlebt, möchte nicht glauben, dass Ingeborg Stiehler heute (21. Oktober) 90 wird. Unermüdliches Tätigsein prägt bis auf den Tag ihr Leben. Dabei wurde sie von manchen Schicksalsschlägen wie dem frühen Tod ihres Mannes Wilhelm Stiehler, verdienstvoller Kulturchef der einstigen Mitteldeutschen Neuesten Nachrichten, hart getroffen. Für die Aufzählung ihrer Leistungen würde der Raum dieser kurzen Würdigung nicht ausreichen. Wenigstens seien ihr Wirken in

der Öffentlichkeitsarbeit des Internationalen Bachwettbewerb und des Internationalen Musikseminars Weimar wie ihre Künstlerportraits genannt. Noch immer setzt sie sich für die Förderung der Internationalen Mendelssohn-Stiftung und des Robert-und-Clara-Schumann Vereins ein. Lang ist die Liste ihrer journalistischen Arbeiten. Ihr Büchlein über den unvergesslichen Geiger David Oistrach erlebte zum 95. Geburtstag des Künstlers 2003 eine erweiterte und verbesserte Neuaufgabe. All ihre Arbeiten zeugen von einer tiefen Liebe zur Kunst, speziell zur Musik, und vom Bestreben, diese Schätze anderen Menschen nahe zu bringen.

• W. WOLF

Genosse Soldat, warum grüßen Sie mich nicht?“, fragte der Zugführer. „Ich kenne Sie ja gar nicht!“, antwortete Rolf Herricht, als Soldat Ralf Herricht in dem DEFA-Film *Der Reserveheld*.

„Genosse Soldat, vortreten!“, befahl der Kompaniechef. „Ich bin aber gar nicht in der Partei!“, rief Soldat Henrik alias Haupt-

Von MICHAEL ZOCK

darsteller Kim Frank in Leander Haußmanns Film NVA. Zwischen beiden Produktionen liegen 40 Jahre sowie umgewidmete Kasernen und entlassene DDR-Offiziere. Beispiel Leipzig: Der einstige gewaltige NVA-Komplex in der Georg-Schumann-Straße ist inzwi-

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Wohin, Genosse Soldat?

schen ein riesiges Areal auf dem Schlachtfeld Arbeitslosigkeit. Ich sah *NVA* (Arbeitstitel: Manöver Schneeflocke) in einer Kino-Vorstellung zwischen jungen, noch ungedienten Mädchen (jetzt dürfen sie ja auch) und NVA-erfahrenen Männern sitzend. Letztere lächelten des öfteren über die Blödigkeit der Befehle und Rituale, erstere schauten ungläubig auf die Leinwand, wenn es in puncto Kameradenschikane zur Sache ging. Alle amüsierten sich, über die Soldaten, über die Befehle,

über ein verschwundenes Land. Das Soldatsein ist in der Filmgeschichte ein nicht gerade unterbelichtetes Thema. Da gibt es die berühmten Antikriegsfilm *Westfront 1918* von Georg Wilhelm Pabst, *Die Brücke* von Bernhard Wicki, *Die Ballade vom Soldaten* von Grigori Tschuchrai oder den *Soldaten James Ryan*. Alles und noch mehr in den Analen der Weltfilmkunst aufgelistet. Da gab es zahlreiche Kasernenschwänke und so genannte Wehrmachtsstories, die in der BRD der 50er

Jahre produziert wurden. Da gab es bei der DEFA über die Jahre viele *Werner Holt*-Geschichten. Und zwei Ausnahmen: Die erwähnte Komödie *Der Reserveheld* (1965) sowie den heute vergessenen Film *Drost* (1985). Darin wird nach langjährigem Dienst in der NVA ein Oberstleutnant verabschiedet, der in seinem Heimatdorf Bürgermeister werden soll. Ein hochbrisanter Film in Endzeitstimmung, in dem beispielsweise ein verzweifelter Soldat auf einen Kommandeur die Waffe richtet. So sehr ich Leander Haußmanns und Co-Autor Thomas Brussigs Gedanken „*Verlacht die Militäristen, wo ihr sie trifft*“ folgen kann, so sehr hatte ich doch auch Zweifel beim Sehen, da diese Film-Armee so gar keinen ernsthaften politischen Hintergrund hat. Da will sich ein

Offizier am Ende des Films auch die Kugel geben. Ja, wie ist das denn mit den einstmalig geschworenen Eiden? Landen die alle auf dem Müllplatz der Geschichte? War diese Nationale Volksarmee zwischen 1956 und 1989 nur ein dummer, überflüssiger Haufen?

Natürlich sind das unfaire Fragen an einen Film, die dieser nicht beantworten konnte und wohl auch nicht wollte. Es gibt aber bei Brussig und Haußmann gegen Ende auch Andeutungen, die die Bundeswehr infrage stellen. „Die Armee stahl mir 18 Monate meines Lebens“, ist im Film zu hören. Ja, wie geht man überhaupt mit gestohlener oder unnützer Zeit in seinem Lebenslauf um? Das ist aber nun wahrlich kein ausschließliches DDR- und Armee-Thema mehr.

In ihrem Soloprogramm „Selber doof“, vor einiger Zeit aufgeführt im Leipziger Kabarett *Sanfwut*, zeigte die Oechelhaeuser am Anfang, vom Vorhang umrahmt, nur ihr strahlendes Gesicht. Dazu lief der Udo-Jürgens-Hit „Und immer wieder geht die Sonne auf“. So kennt man sie im Osten – lachend, vor Übermut sprühend, die Augen voller Spott.

Seit ihrem „Rauschmiss“ aus dem Berliner Kabarett *Die Distel* im Jahre 1999 wegen Verschweigens einer Unterschrift unter eine IM-Verpflichtung „tingelt“ sie als eigenverantwortliche freiberufliche Künstlerin durch das Land, gegenwärtig mit dem Programm „Nichts Böses. Einfach mal Rübe ab“. Im vorigen Jahr ist sie 60 geworden. Jetzt hat sie ihre Erinnerungen aufgeschrieben.

Manches, was sie in kleinen Geschichten erzählt, hat sie schon einmal 1997 gegenüber dem ND-Feuilletonisten Hans-Dieter Schütt geäußert, der über die Gespräche das Buch „Das halbstarke Lachen“ (Dietz Verlag Berlin), schrieb. Damals, einige Jahre nach der Wende, war ihre Welt gerade wieder in Ordnung gekommen. Unter ihrer Leitung hatte die

„Lachen ist wie Seele putzen“

Distel erfolgreich den Sprung in die Marktwirtschaft geschafft und sich behauptet. Schütt erlaubte sich aufgrund dieser Lage sogar die Frage, ob sie sich zu den Wendegewinnern zählte. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Das hängt mit dem, wie sie schreibt, „großen Bruch“ in ihrem Leben zusammen, als bestimmte Medien die ihnen zugespielte Akte über ihre Zusammenarbeit mit dem MfS (1976 bis 1980) veröffentlichten und aus dieser ein in seiner Einseitigkeit völlig unbegründetes vernichtendes Lebensurteil ableiteten.

Gisela Oechelhaeuser setzt sich, ein Highlight des Buches, offensiv mit den Ursachen und Folgen der Kampagne gegen sie, den Konsequenzen aus dieser Situation und ihren eigenen Motiven auseinander. Doch der Bruch bestimmt nicht den Charakter ihrer Autobiografie, son-



dern die kritische Beschreibung ihres Weges in der DDR, der so oder ähnlich für viele typisch war: Lehre als Uhrmacherin in Weimar, Germanistikstudium, Mitarbeit bei den *Academixern*, Eintritt in die SED, Leiterin der Hauptabteilung Kultur der Karl-Marx-Universität Leipzig, Kabarett *Distel*, Do-

zentin für Kabarettkunst.

Ihre Erkenntnisse und klugen Gedanken über die Rolle des Kabarets in der DDR und im wiedervereinigten Deutschland und ihre Antworten auf viele komplizierte Fragen unserer Zeit sind lesenswert, auch für den, der nicht mit allen ihren Folgerungen übereinstimmt.

Und überall dringen ihre Ehrlichkeit und Lebensbejahung, ihre Unternehmungslust und ihr Temperament durch. „Lachen ist wie Seele putzen“, schreibt sie. „Es ist eine der kostbarsten Erfahrungen, dass man über ein Problem, an dem man eben noch zu verrecken drohte, eben auch lachen kann. Am Problem ändert sich damit gar nichts, wohl aber an meinem Verhältnis zu ihm. Und das ist nicht mehr und eben auch nicht weniger als der Unterschied zwischen dem halbvollen und dem halbleeren Glas. Und wenn ich heute überhaupt auf etwas trinke, dann auf dieses halbvolle Glas der Menschen der ehemaligen DDR.“

• MANFRED BOLS

Gisela Oechelhaeuser: *Hier geblieben. Leben in Geschichten*. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2005. 192 S., 14,90 Euro

Vierzehn Autoren, darunter mit Christa Luft *eine* (!) Frau, haben ihre Sicht auf die sich formierende gesamtdeutsche Linkspartei zu Papier gebracht. Heinz Niemann geht der Frage nach: „Die Linkspartei ein sozialdemokratischer Phönix aus der Asche?“ Chancen und Probleme der Linkspartei behandelt Erhard Crome. Friedrich Wolff hinterfragt: „Braucht die Republik eine neue Partei, braucht sie diese Partei?“, während Hermann Klenner die „Ansicht eines alten Juristen“ vermittelt, ob für eine Linkspartei

Eine neue Linkspartei entsteht

ein gesamtdeutsches Interesse besteht.

Ebenso problematisch sind die Texte von Christa Luft und dem Mitgründer der WASG Joachim Bischoff, die sich mit möglichen Entwicklungswegen über den Kapitalismus hinaus befassen. Klaus Höpcke, der den zielstrebig herbeigeführten Verkehren im Bewusstsein nachgeht, behandelt unter dem Titel „Wenn das Sein das Bewusstsein verstimmt“ die „Wie-

dererweckung des Denkens“ als Aufgabe der Linken.

Vor Blauäugigkeit warnt Stefan Bollinger. In seinem Text „Brüder, in eins nun die Hände? Linke Schwierigkeiten mit der Einheit“ macht er darauf aufmerksam, dass bisher in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Parteivereinigungen der Linken „langfristig nie unter einem guten Stern“ standen, vielleicht ausgenommen der Anschluss der Ost-SPD an

die West-SPD 1990. Bollinger verweist auf zu beachtende Problemstellungen, deren Lösung genaue Beachtung der Realität und das dafür notwendige Augenmaß erfordert. Wenn Gerhard Zwerenz zu Recht betont: „Ein Parlament ohne Linke ist ein Parlament der vereinten Rechtsnachfolger des Dritten Reiches“, so ist zwar der schwierige Schritt in den Bundestag gelungen, aber die Schaffung einer einheitlichen Partei

mit neuem Programm, Statut und Namen ist weitaus schwieriger als der bisher zurückgelegte Weg des Zusammengehens und der Annäherung.

Der vorliegende Band ist von höchster Aktualität. Seine kenntnisreichen Beiträge sind allen zu empfehlen, denen eine gesamtdeutsche Linkspartei am Herzen liegt.

• KURT SCHNEIDER

Ulrich Maurer / Hans Modrow (Hrsg.): *Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei?* edition ost, Berlin 2005. 132 S., 9,90 Euro

Der Autor, tätig am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, beschreibt sachkundig den Weg der Bundeswehr, die laut Grundgesetz zur Landesverteidigung geschaffen wurde, bis hin zur heute weltweit agierenden Interventionsarmee. Im 1. Kapitel behandelt er die Vorgeschichte der Bundeswehr, die weit vor dem 12. November 1955 begann. Er macht deutlich, dass es für zahlreiche ehemalige Nazigenerale und Offiziere praktisch „keine Stunde Null“ nach dem gerade verlorenen Krieg gab. Durch die Ehrenerklärung Adenauers vom Dezember 1952 für „alle

Der Weg der Bundeswehr

Waffenträger unseres Volkes“ wurden selbst SS-Offiziere wieder für die Streitkräfte der BRD salonfähig. Mit seinem Politikkonzept der „Souveränität durch Wiederbewaffnung“ band Adenauer die BRD in die US-amerikanische Globalstrategie ein. Um den Widerstand der Bevölkerung gegen die Remilitarisierung zu paralisieren, wurde das Feindbild von der sowjetischen Bedrohung aufgebaut.

Die 70er und 80er Jahre waren gekennzeichnet durch den sich entwickelnden Spannungs-

prozess und die gleichzeitige Ausrüstung der Bundeswehr mit moderner Kampftechnik. Der „Mut zur Rüstung“ in der Ära Kohl ging einher mit der erneuten Hinwendung zum Kämpfermythos des Soldaten der deutschen Wehrmacht. Das nach der Wende geborene Schlagwort von der „Armee der Einheit“ ist für Bald irreführend und soll die „restlose Delegitimierung ... und Diffamierung“ der NVA verdecken. Es war, so der Autor, „ein Handeln aus Siegermentalität“.

Kritisch zu vermerken ist, dass Bald sich nicht ausreichend mit der atomaren Verfügbarkeit der Bundeswehr und den damit verbundenen tödlichen Gefahren auseinandersetzt. Kaum zwölf Jahre nach Kriegsende erhalten ehemalige Generale und Offiziere der Hitlerwehrmacht die Verfügungsgewalt über diese furchtbaren Waffen.

Eine weitere Bemerkung gilt der allzu sanften Kritik der Entwicklung der Bundeswehr zum Instrument deutscher Außenpolitik. Nach dem neuen Verständnis von geografisch nicht eingrenzbarer Verteidigung soll diese künftig deutsche Kapitalinteressen mittels militärischer

Gewalt durchsetzen. In der dabei oft missbräuchlich verwendeten Formel von der gewachsenen weltpolitischen Verantwortung der BRD steckt der Stoff, aus dem Kriege gemacht werden.

Der sehr informativen Schrift ist ein breiter Leserkreis zu wünschen. Die Sachlichkeit der Darstellung tut wohl. Das immense Quellenmaterial unterstreicht die solide Arbeit des Autors.

• HARRY PURSCHE

Detlef Bald: *Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955–2005*. Verlag C. H. Beck, München 2005. 232 Seiten, 12,90 Euro

Wie der Untertitel – *Deuschlands Reformweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells* – bereits andeutet, sieht die Autorin den „gebändigten Kapitalismus“ in den nordischen Ländern als Gegenstück zur Richtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland. Zur Zukunft des deutschen Sozialstaates äußert sie im Vorwort, es gebe keinen Richtungsstreit: Der politische Streit drehe sich lediglich um Einzelfragen bei gleicher (neoliberaler) Grundrichtung. Ihre Kritik ist äußerst zeitnah, reicht bis zur verbalen, ebenso zaghaft-

Blick nach Skandinavien: Es geht auch anders

trachtung zu Arbeitskosten und Arbeitszeit, Steuer- und Abgabenbelastung, Staatseinnahmen und -ausgaben, Staatsbeschäftigung). – Politische Gesamtperformance: ein überlegenes Entwicklungsmodell. Hier wird nachgewiesen, dass die Frage *Mehr Armut oder mehr Jobs?* eine Scheinalternative ist, und an den Gebieten Finanzpolitik, Bildung, Umwelt und Gesundheit sowie

das Wachstum hemmen. Durchdenkenswert ist auch der Hinweis, ein Pfadwechsel in Deutschland in Richtung des skandinavischen Modells hätte an der ostdeutschen Mentalitätsprägung positiv anknüpfen können – bei Anerkennung der positiven sozialen Leistungen der DDR.

• G. L.

Cornelia Heintze: *Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2005 (Texte zur politischen Bildung, Heft 33)*. 186 Seiten. 11 Euro (Mitglieder der RLS Sachsen 9 Euro)

KALENDERBLATT

Vor 50 Jahren

Initiative für gesamtdeutschen Rat

Am 2. November 1955 unterbreitete die UdSSR, basierend auf einer Erklärung der DDR zur Wiedervereinigung Deutschlands vom 31. Oktober 1955, den stark beachteten Vorschlag, ein repräsentatives gesamtdeutsches Organ zu schaffen, um die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten in Gang zu bringen und die nationale Wiedervereinigung zu erleichtern. Dieses Organ sollte ein gesamtdeutscher Rat sein, der auf der Grundlage folgender Prinzipien gebildet und tätig werden sollte:

1. Der Rat wird aus Vertretern der Parlamente der DDR und der BRD als konsultatives Organ zur Behandlung der Fragen gebildet, an deren Lösung beide Seiten interessiert sind.

2. Bei dem Rat werden gemischte Ausschüsse aus Vertretern beider Regierungen geschaffen für Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, der deutschen Währung und des innerdeutschen Zahlungsverkehrs, der Zollangelegenheiten, des Post- und Telegraphenwesens, der Kommunikationen und anderes.

3. Der Rat behandelt Fragen der zahlenmäßigen Stärke, der Bewaffnung und Stationierung der Formierungen, die zur Gewährleistung des Schutzes der Grenzen und Territorien der DDR und der BRD erforderlich sind.

4. Der Rat bereitet Vereinbarungen vor, die die Teilnahme der DDR und der BRD an den Maßnahmen zur Festigung der europäischen Sicherheit betreffen, und erörtert Fragen, die mit der Schaffung der Voraussetzungen zur Vereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat zusammenhängen. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Vorschlags wies ihn der Außenminister der BRD, von Brentano, entschieden zurück. Die Reaktion der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs war ähnlich.

Am 4. November 1955 unterbreiteten die westlichen Außenminister ihrerseits den Plan, während des Septembers 1956 in ganz Deutschland freie und geheime Wahlen zwecks Wahl von Vertretern für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung abzuhalten, die eine Verfassung auszuarbeiten und auf Grund dieser eine Regierung für ein wiedervereinigtes Deutschland zu bilden habe. Der sowjetische Außenminister Molotow bezeichnete noch am gleichen Tag diesen Vorschlag als „bloße Deklaration“; er bilde, wie die Westmächte selbst wüssten, keine reale Basis zur Lösung der deutschen Frage. Nützlich seien praktische Maßnahmen, die der Schaffung von Voraussetzungen der Wiedervereinigung dienen. • **KURT SCHNEIDER**

Leipzig im Herbst 1915**Die erste Demonstration gegen Krieg und Burgfriedenspolitik**

Im Kriegsjahr 1915 wurde Deutschland von einer Ernährungskrise erfasst. In breiten Teilen der Bevölkerung kam Unruhe auf. Diese führte im Oktober 1915 in Berlin, Chemnitz und anderen Städten zu Protestaktionen und blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. In einem Schreiben des preußischen Minister des Innern vom 22. Oktober 1915 wurde zum Anwachsen des Unmuts unter der Bevölkerung vermerkt: „Die einmütige patriotische Stimmung, mit der die gesamte Bevölkerung diesen Krieg auf sich nahm, ist im Begriff, einer empfindlichen Störung, wenn nicht völliger Zerstörung entgegenzugehen.“ Von den sozialdemokratischen Führern wurde mit Nachdruck verlangt, „dass sie das Proletariat auf die Pflicht ruhigen Ertragens unabänderlicher Nahrungsschwierigkeiten und unvermeidlicher Preissteigerungen hinweisen“.

In Sachsen sah sich die sozialdemokratische Partei unter dem Druck der Ereignisse bereits im Mai 1915 gezwungen, für den 15. und 16. des Monats öffentliche Versammlungen einzuberufen, die zum herrschenden Lebensmittelwucher Stellung nehmen sollten. Allein im Bezirk Leipzig waren es 50 derartige Versammlungen mit der Tagesordnung „Krieg und Lebensmittelwucher“.

Doch der Preiswucher stieg ins Unendliche. Der Unwille unter den Menschen nahm weiter zu. Als sich daher der hiesige SPD-Bezirksvorstand genötigt sah, für den 31. Oktober 1915 eine „Volksversammlung“ in die Zentralhalle einzuberufen, zeigte sich, dass beträchtliche Teile der Leipziger Arbeiterschaft nicht mehr gewillt waren, der befohlenen Burgfriedenspolitik zu folgen.

Mit dieser Versammlung, die sich erneut mit dem zügellosen Lebensmittelwucher befassen sollte, versuchten rechte sozialdemokratische Funktionäre, ein Ventil zu öffnen, um Straßendemonstrationen zu ver-

hindern. In einer dem Polizeiamt zur Genehmigung vorliegenden und auch genehmigten Entschließung wurde u. a. gefordert, „sofort die Beschlagnahme aller notwendigen Lebensmittel für die Produktion sowie den Groß- und Kleinhandel anzuordnen“. Die tatsächlichen Ursachen der Not der Menschen wurden nicht benannt. Um den „Burgfrieden“ nicht zu gefährden, sollte die Erregung der Massen in einen Zorn gegen die Wucherer und Lebensmittel-schieber auslaufen.

Während, wie Polizeiakten vermerken, Richard Lipinski und andere Funktionäre gegenüber den Polizeibehörden „die beruhigendsten Versicherungen abgaben, dass Straßendemonstrationen nicht geplant“ seien, bereiteten die Leipziger Linken, die Gruppe Internationale, eine Demonstration im Anschluss an die Versammlung vor. Im einzelnen wurde festgelegt: „Wir müssen erreichen, dass der Saal überfüllt ist und noch Tausende vor dem Lokal stehen. Mit den draußen Stehenden wird diskutiert, damit sie bis zum Schluss der Kundgebung warten. Im Saal wird Flüsterpropaganda für eine Demonstration nach Schluss der Versammlung gemacht.“

Mit 2000 Besuchern war der Große Saal der Zentralhalle überfüllt. Weitere 4000 bis 5000 Menschen hatten sich vor der Halle versammelt. Die Mehrheit von ihnen wartete auf den Schluss der Versammlung, während im Saale selbst große Erregung herrschte. Zwischenrufe wie „Revolution!“ drückten die erhitzte Stimmung aus. Statt der geplanten einen Stunde dauerte die Versammlung drei Stunden, derartig stark war der Wille, sich nicht mehr dem Burgfrieden unterzuordnen.

Obwohl sich Richard Lipinski, wie der Polizeibericht lobend erwähnte, „ernstlich bemühte, Störungen entgegenzutreten“, und die Versammlungsteilnehmer ermahnte, nach Beendigung der Versammlung nicht zu

demonstrieren – die Absicht der Linken war der Leipziger Parteiführung nicht verborgen geblieben –, kam es dennoch zu einer eindrucksvollen Demonstration. „Die aus dem Lokal strömende Menge“, berichtete die LVZ am nächsten Tag, „wurde zu einem Teil von der Polizei nach der Bosestraße gewiesen, der andere, sehr erhebliche Teil ging dem Promenadenring zu und verschmolz mit den Wartenden. Bald erschallten die ersten Töne des Sozialistenmarsches, und nun ging es ohne Verabredung, gleichsam als verstünde es sich von selbst, den Rathausring entlang in losen Scharen nach dem Rathaus zu. An der Ecke der Schulstraße bog man in diese ein, dann ging's die Burgstraße entlang, am Rathaus und Königsplatz vorüber; vor die Kreishauptmannschaft. Die abwechselnden Gesänge des Sozialistenmarsches und der Marseillaise wurden durch Hochrufe auf die Sozialdemokratie und den Frieden begleitet.“

Der ganze Vorgang ... bewies vor allem“, schlussfolgerte das Polizeiamt Leipzig, „dass, wenn auch die leitenden Personen die ernstliche Absicht gehabt haben mögen, Straßendemonstrationen zu verhindern, sie doch hierzu nicht in der Lage gewesen sind, denn die an die Umzügler gerichteten Aufforderungen des Versammlungsleiters, Lipinski, auseinander zu gehen, erwiesen sich als völlig wirkungslos.“ In Erkenntnis dieser Sachlage wurden aus „sicherheitspolitischen Gründen“ alle weiteren Versammlungen, die sich mit der Ernährungsfrage beschäftigen sollten, verboten.

Doch erstmals seit Kriegsbeginn hatten Teile der Leipziger Arbeiterschaft der Burgfriedenspolitik den Kampf angesagt. Der Gruppe Internationale war es gelungen, in Leipzig, einem Zentrum der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die erste Antikriegsdemonstration auszulösen.

• **KURT SCHNEIDER****Die große Koalition 1966–1969**

Eine große Koalition, verstanden als Regierungsbündnis von SPD, CDU und CSU, wie es heute wieder auf der Tagesordnung steht, gab es in der BRD auf Bundesebene bisher nur einmal und auch nur für kurze Zeit. 1966 zerbrach die Regierung von CDU, CSU und FDP an Finanzproblemen, und Kanzler Ludwig Erhard reichte den Rücktritt ein, worauf Kurt Georg Kiesinger (CDU) eine Regierung aus Unions- und SPD-Ministern bildet. Eine Lösung der Haushaltsprobleme gelang aber nur mit Steuererhöhungen – woran gerade die Erhard-Regierung gescheitert war. Der Bund fand einen Kompromiss mit den Ländern für die Verteilung der Steuereinnahmen, woraufhin der Bundesrat die beantragten Steuererhöhungen für Mineralöl, Tabak und Wein genehmigte. Die Koalition verabschiedete auch die umstrittenen Notstandsgesetze. Eine Situation, die der heutigen im Grundsätzlichen ziemlich ähnlich ist. Damals wie heute scheiterten die Regierenden an untauglichen Konzepten, und gleichzeitig werden diese Konzepte unter neuer Flagge fortgeführt. Die SPD hatte sich zuvor lange geziert, in eine CDU-geführte Regierung einzutreten. Sie besetzte, ebenso wie die Union, neun Ministerposten, darunter Brandt als Vizekanzler und Außenminister.

Die Bundestagswahl 1969 brachte das Ende der großen Koalition. Die CDU/CSU wurde stärkste Fraktion, aber SPD und FDP bildeten zusammen eine regierungsfähige Mehrheit unter Willy Brandt als Kanzler.

Fazit: Die regierenden Parteien und ihre Kanzler kommen und gehen und verschleiben sich, die dominierende Politik geht – davon wenig beeindruckt – ihren Weg. Impulse für wirkliche Veränderungen der Politik resultieren nicht aus der Regierungsform, sondern kommen aus der sich wandelnden Wirklichkeit und von den in ihr wirkenden realpolitischen Kräften.

• **GÜNTER LIPPOLD****Vor 60 Jahren Sächsische Landesverwaltung verstaatlicht Flick-Unternehmen**

Ende Juni 1946 fand in Sachsen ein Volksentscheid über die Enteignung von Betrieben der Nazi- und Kriegsverbrecher statt, bei dem 77,6 Prozent der Stimmberechtigten mit Ja votierten und in dessen Ergebnis allein in Leipzig 104 Betriebe in Volkseigentum überführt wurden. Doch bereits acht Monate zuvor, am 29. Oktober 1945, hatte das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen beschlossen, die dem Kriegsverbrecher Friedrich Flick gehörenden und in Sachsen gelegenen Unterneh-

men und seine weiteren hier befindlichen Vermögenswerte entschädigungslos in das Eigentum des Landes Sachsen zu überführen. In Leipzig betraf das die Maschinenfabrik Allgemeine Transportanlagen GmbH (ATG). Flick hatte bereits im Dezember 1933 den ersten Großauftrag der Nazi-Regierung für den Betrieb erhalten. Bald arbeiteten hier 8500 Menschen in der Flugzeugproduktion. Ab 1938 stellte das Werk auch Teile für Panzerwagen her, 1942 erhielt es das Prädikat „Rüstungs-

musterbetrieb“. In zahlreichen Betrieben des Großindustriellen, Bankiers und Wehrwirtschaftsführers wurden Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge eingesetzt. 1947 wurde Flick in einem der Nürnberger Prozesse wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sieben Jahren Haft verurteilt. Aber schon 1950 begnadigte ihn der USA-Hochkommissar McCloy. Während in der DDR sein gesamter Besitz, darunter Stahl- und Braunkohlenwerke,

enteignet wurde, konnte er in der Bundesrepublik sein Industrieimperium wiedererrichten und ausbauen. Flick galt als reichster Mann der Bundesrepublik. Sein Unternehmen mit 600 Beteiligungen verbuchte jährlich 6 Milliarden DM Umsatz.

Bis zu seinem Tode 1972 weigerte sich Flick, eine Entschädigung an die Zwangsarbeiter zu zahlen. Zur Abrundung des Bildes: In Flicks Heimatstadt trägt das städtische Gymnasium bis heute seinen Namen. • **G. L.**



Von
**KLAUS
HUHN**

Wieder quält sich der Autor mit der Frage nach der Reihenfolge der Themen, wieder greift er am Ende zum Würfel – und beginnt mit Fußball!

Warum? Weil alle darüber schwätzen und fabulieren. Da kann sich LN nicht wortlos verdrücken. Die Themen sind spektakulär genug erörtert worden: „Du bist Deutschland und Du wirst Fußballweltmeister!“ Selbst der *Stern* widmete dem Anliegen eine ganze Seite und gelangte angesichts der bundesweiten Debatte zu dem bemerkenswerten Schluss: „Es ist das Geraune derer, die genau so ratlos sind wie alle im deutschen Fußball.“

Wir sind nicht ganz so ratlos. Wir beginnen nicht mit den Problemen des Mittelfelds und auch nicht mit der Frage nach dem richtigen Torwart, sondern mit der simplen Feststellung: Es war keine Idee der Linken, den Fußball in eine Revue-Industrie zu verwandeln, in der Fabelgagen gezahlt werden. Nun sehen sich die, die sich davon Gewinn versprochen, mit den Ergebnissen konfrontiert und begreifen sie nicht. Ein Fußballstar, der von Bayern München engagiert wird, bezieht jeden Monat sein Geld von einem Münchner Konto. Daraus folgert: In München spielt die Musik, was man ihm in München sagt, gilt für ihn. Und dann wird er eines Tages von einem alle zwei Wochen aus Kalifornien einfliegenden Herrn Klinsmann eingeladen, bekommt ein „Nationaltrikot“ – und ist Deutschland. Nur: Die Kohle kommt weiter aus München und nicht vom Klinsmann-Konto.

Eines Tages soll er gegen Südafrika spielen. Dabei geht es um nichts! Bald darauf fliegt er in die Türkei und schnürt da seine Stiefel. Worum geht es? Um nichts! Und dann kommen die Chinesen nach Hamburg. Worum geht es? Um nichts. Selbst von einem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, heute offiziell Arbeitnehmer, würde niemand erwarten, dass er

wie ein Irre schuftet – um des Patriotismus willen. Wohlgermerkt: Ich bin ziemlich sicher, dass diese Kicker bei der WM weitaus besser spielen werden als unlängst gegen die Chinesen. Warum: Weil des Kickers Auftritt nicht bei einem „Freundschaftsspiel“ gegen China, sondern erst bei der WM seinen „Marktwert“ steigern oder sinken lässt. Der Marktwert aber schlägt sich in den Überweisungen nieder. Wem erzähle ich das? Deshalb: Ins Grübeln geraten kann nur, wer Fußball oder sonstwas noch immer für das hält, was früher als Sport gefeiert wurde.

Nächstes Thema. Eine Sprinterin aus Thüringen hat eine bewundernswerte Karriere gemacht: Sie ist heutzutage als Professorin für Literatur an der Schauspiel-

Erfurt erzielten Rekord der Jenaer Clubstaffel mit 42,20 s ihren Mädchennamen streichen lassen. Würde dem Rechnung getragen, hätte man künftig den Rekord mit nur drei Namen und möglicherweise ein Sternchen oder ein Fragezeichen einzufügen.

Das ist deshalb nicht zu belächeln, weil es ein bitteres Beispiel in der deutschen Sportgeschichte gibt, in der eine Rekordsprintstaffel mit drei Namen auskommen musste, den vierten – Alex Nathan – hatten die Nazis gestrichen, weil Nathan Jude war.

Niemand weiß bislang, ob sich die Literatin durch dieses Beispiel hatte ermuntern lassen. Sollte es so sein, wären Kommentare überflüssig. Der Deutsche Leichtathletikverband hat nun eine

Sportkolumne

Eine Professorin möchte gestrichen werden

schule „Ernst Busch“ tätig. Das spricht ein wenig für die DDR und ihr Bildungssystem. Diese Sprinterin aber hat sich auch selbst zum Oberfeldweibel des Anti-DDR-Doping-Sturmtrupps befördert und gerade eine kleine Handgranate in das Büro des Deutschen Leichtathletik-Verbandes geschleudert. Sie fordert vom Verband, ihren Namen aus der Rekordliste der Frauensprintstaffeln zu streichen – weil sie damals, 1984 – gedopt gewesen sei! Die *Frankfurter Rundschau* ließ ihre Leser wissen, dass der DLV den Brief schon zu Papier gebracht hatte, in dem die einst sprintende Literaturwissenschaftlerin darauf hingewiesen wurde, dass ihr Antrag wenig Aussicht auf Erfolg habe. Die Briefschreiber hatten Recht, denn schon 1990 hatte die Internationale Leichtathletikföderation offiziell mitgeteilt, dass sie solche – damals stapelweise beantragten – Rekordstreichungen nicht vornehmen werde. Die Motive waren einleuchtend: Nach den Regeln werden nach Schluss eines Wettkampfs Dopingkontrollen vorgenommen. Werden die als „negativ“ beschieden, wird der Vorgang mit dem Ausstellen des Rekordprotokolls beendet.

Nun also will die Literatin aus den am 2. Juni 1984 in

Kommission gebildet, die den Antrag behandeln soll. „Ziel der Kommission ist es, zu prüfen, ob unter Berücksichtigung aller in der Zwischenzeit zur Verfügung stehenden Erkenntnisquellen Beweise vorliegen, nach denen bisher gültige Leichtathletik-Rekorde in Ost und West aufgrund von Doping nicht aufrechterhalten werden können. Es geht dabei nicht nur um die Prüfung des Falles Geipel, sondern um eine umfassende Prüfung aller Leichtathletik-Rekorde in Ost und West aus der Vergangenheit.“

Das klingt wahrhaft literarisch.

Zurück zu den Fakten: Der Weltrekord für Sprintstaffeln wird seit dem 6. Oktober 1985 von der DDR gehalten, was auch in allen zuständigen Protokoll-Listen nachzulesen ist. Damals liefen Silke Gladisch, Sabine Rieger, Bärbel Wöckel und Marlies Göhr beim Weltcupfinale in Canberra die Stadionrunde in 41,37 s. Die Dopingprobe fand statt, das Protokoll wurde formgerecht ausgefüllt.

Das wird indes viele nicht daran hindern, den Antrag der Literaturprofessorin als eine Gelegenheit zu betrachten, wieder mal gegen die DDR ins Feld zu ziehen! Man kann sich dran gewöhnen.

Wie man in Hamburg mit Waschbeton zum Ehrenbürger wird

Hamburgs Liste seiner Ehrenbürger beginnt 1813. Der Erste ist Friedrich Carl Baron von Tettenborn. Der blaublütige General vertrieb die Franzosen-Soldaten aus der Hansestadt nach ihrem Desaster in Russland, auf dass die hanseatischen Kaufleute wieder Handel treiben und Profite einstreichen konnten. Es folgten Namen wie Otto Fürst von Bismarck, Johannes Brahms und der Reichspräsident Hindenburg. Verliehen wurde die Würde eines Ehrenbürgers auch an Hitler und seinen Paladin Göring, die ihnen jedoch nach der Befreiung vom Faschismus sofort aberkannt wurde. Bis 1948 konnten in Hamburg nur Auswärtige Ehrenbürger werden. Dann änderte die Hansestadt ihre Vergaberegularien. 2003 wurde unser aller Uwe, dem Ex-HSV-Fußballspieler, für seine sportlichen Leistungen Hamburgs Ehrenbürgerbrief überreicht.

Im 21. Jahrhundert sind die Spielregeln andere. Nicht mehr gefragt sind Großleistung im Sport oder ein phänomenales kulturelles Schaffen. Mäzenatentum gepaart mit Sponsoring sind es heute, die in der Elbmetropole zum Ehrenbürgerbrief führen. Ende September wurde nach diesen Vorgaben die Ehrenbürgerwürde erstmals an ein Ehepaar verliehen, an Helmut und Hannelore Greve.

Der Prof. h.c. Helmut Greve – der Hamburger Senat verlieh ihm 2000 den akademischen Titel – legte 1950 mit zwei Trümmergrundstücken das Fundament für sein Immobilienreich. Auch die Hansestadt

Hamburg ist bei Greve Mieter, zum Beispiel mit zwei Hamburger Finanzämtern. Das Ehepaar Greve ist ein eingespieltes Duo, er ist der kühle Rechner und Denker und sie hat das Gespür, was man am besten auf die Fläche bauen kann.

Auch den Zeitgeschmack, der in den Betonwüsten der 60er Jahre seinen Ausdruck fand, in denen Konzerne wie Esso, BP, RWE-DEA, die Hamburg-Mannheimer oder die Post in Hamburg ihren Sitz haben, hat Helmut Greve als Investor entscheidend mitgeprägt. Das Wirken der Greves blieb jedoch nicht auf Hamburg begrenzt. Noch immer schießen überall in der Bundesrepublik ihre Bürogebäude, Seniorenbauten oder Einkaufszentren aus dem Boden.

Über Greves Baukunst wird laut und langanhaltend gestritten. Besonders deutlich wurde das am Beispiel der Universität Hamburg. Der raumnotleidenden Alma Mater stifteten die Greves 1996 zwei 35 Millionen D-Mark teure Flügelbauten, die das Hauptportal einrahmen. Sie wurden ohne Architekturwettbewerb angebaut. In dem Streit darüber wurde der als „knechtselig und gierig“ verspottet, weil er keinerlei Bedingungen gestellt hatte.

Hamburgs derzeitiges Dilemma im Städtebau ist, dass keine Mittel für Stadtentwicklung vorhanden sind. Sponsoren sollen nun bei der Umsetzung von Hamburgs Träumen einspringen. Das größte städtebauliche Projekt ist derzeit die Hafencity. Das neue Wohngebiet für gut Betuchte wird im Schatten der

Speicherstadt erreicht. Auch Peter Tamms konservatives Marinemuseum mit Kaiser- und Hitler-Objekten entsteht in diesem Umfeld. Und auf ein nicht mehr benötigtes Kühlhaus soll die Elbphilharmonie aufgefropft werden. Nach dem Versandhauskönig Otto, der 10 Millionen gibt, ist es das Ehepaar Greve, das sich mit 30 Millionen Euro engagiert. Nun behaupten Hanseaten-Zungen, der Dank dafür seien die Ehrenbürgerbriefe Nummer 30 und 31.

Nachtrag zur Hamburger Terroristenfahndung vom August

Vor dem Innenausschuss der Hamburger Bürgerschaft musste Hamburgs Polizeipräsident Werner Jantosch wegen der Terroristenfahndung schwere Versäumnisse eingestehen. So wurden mehrere Polizisten, so der O-Ton Polizeipräsident, „... die offenbar mit der Situation nicht fertig geworden sind“ strafversetzt. Trotzdem lobte der parteilose Innensenator Udo Nagel nach wie vor das Vorgehen der Hamburger Polizei. Und preschte sogleich mit einer neuen Idee vor: Da nach dem neuen Hamburger Polizeigesetz überall in der Hansestadt Videokameras installiert werden können, hat der Mann auch schon die erste Straße ausgewählt, die in gesamter Länge 24 Stunden überwacht werden soll, nämlich Hamburgs Amüsiermeile Reeperbahn. Jetzt laufen die Lust- und Schankbetriebe bis zur Großen Freiheit und der Davidstraße Sturm. Polizeilicher Voyeurismus mag dem einen oder anderem ja Spaß machen. Nur wird das die Sicherheit erhöhen?

• KARL-HEINZ WALLOCH

Ich erinnere mich, wie ich den Palast der Republik 1976 kurz nach dessen Eröffnung erwartungsvoll zusammen mit meiner Familie besuchte. Viele andere Menschen aus nah und fern standen Schlange, wollten sie doch „ihren“ Palast begutachten.

Den Besucher erwarteten weiche Ledersessel und eine meterhohe gläserne Blume, die durch die Beleuchtung in allen Farben funkelte. Eine Treppe, belegt mit schalldämpfenden weichen Teppichen und gläsernem Treppengeländer, verband die einzelnen Etagen, deren jede durch eine spezielle Farbgebung von Teppichen, Vorhängen und Sesseln beeindruckte. An den Wänden waren große Wandbilder unserer Künstler angebracht, die zum Verweilen und Diskutieren einluden.

Mein Vater war damals ganz erstaunt, dass die Preise in den Cafes und Gaststätten dort nicht höher lagen als anderswo in der Republik, und war begeistert vom Theater im Palast, in dem man durch die Abschrägung der Zuschauerplätze von jedem Ort aus einen gleich guten Blick

Das ist immer noch unser Palast!

auf die Bühne hatte.

Als nach der „Vereinigung“ beider deutscher Staaten auch der Palast geschlossen werden sollte, regte sich in der Bevölkerung starker Unmut.

Dennoch: Ähnlich wie die 89er Forderungen „Wir sind das Volk, wir bleiben hier!“



Lang, lang ist's her, als die Massen noch strömten ...

auf wundersame Weise in allen großen Städten der DDR plötzlich umgewandelt war in „Wir sind ein Volk“, sprachen über Nacht einige verächtlich vom „Palazzo proto“!!

Die 100 000 Unterschriften von DDR-Bürgern an führende Politiker der Kohl-Regierung für den Erhalt des Palastes blieben unbeachtet. Die SPD-Regierung, die 1998 einen anderen Umgang mit dem Palast versprach, hat kurz danach ihr Wahlversprechen gebrochen. Ja, der ehemalige Bürgerrechtler und jetzige Bundestagspräsident Thierse mutierte sogar zum Ehrenvorsitzenden des sogenannten Schlossvereins, der seit Jahren für den Palastabbriss eintritt.

Die Abrissbestrebungen aber widersprechen eindeu-

tig dem Einigungsvertrag Artikel 35.2., in dem es u. a. heißt: „Die kulturelle Substanz in dem in Artikel 3 genannten Gebiet (DDR) darf keinen Schaden nehmen.“

Auch kann man in einer Zeit, da die jetzige Regierung den Bürgern immer weitere Sparmaßnahmen zumutet, der ostdeutschen Bevölkerung – die darunter am meisten zu leiden hat – nicht plausibel machen, dass für den Palastabbriss weitere 100 Millionen Euro verschwendet werden sollen.

Namhafte Persönlichkeiten aus nah und fern, die zwar mittlerweile nur das Grundgerüst dieses Gebäudes begutachten können, sprechen sich, wie die Eintragungen im Gästebuch beweisen, ebenfalls für seine Erhaltung bzw. dessen Einbeziehung in die Gestaltung des Schlossplatzes aus.

Eine Frage bezüglich der sturen Haltung führender deutscher Politiker sei erlaubt: Fürchten sie etwa die von der DDR vorgemachte Symbiose von Politik und Kultur auf diesem geschichtsträchtigen Platz?

BRIGITTE QUECK
POTSDAM

Eigentlich wollte ich mit meiner Frau nur ein paar erholsame Tage an der Mosel verbringen. Dabei fuhren wir auch nach Koblenz und besuchten das so genannte „Deutsche Eck“, an dem die Mosel in den Rhein fließt. Was ich dort gesehen habe, verschlug mir den Atem und löste in mir den Reiz aus, laut zu schreien.

Da hockt also Wilhelm I., jener deutsche Kaiser, der die Grundlagen für zwei verheerende Kriege gelegt hat, auf seinem Gaul und blickt über die Mündungsstelle. Nein, wenn ich es recht bedenke, eher auf die die „Germania“ unter ihm. Noch nicht einmal eine Tafel oder irgendein anderer Hinweis darauf, was dieser Mann und dieses System ausgelöst haben.

Ich bin in Westberlin aufgewachsen und ich erinnere mich gut, dass auf der Transitstrecke kurz hinter Dreilinden ein sowjetischer T34-Panzer als Denk-

mal an die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus durch die Rote Armee stand. Eine Aufarbeitung der Geschichte könnte bedeuten, genau diesen Panzer vor das Wilhelm-Monument zu stellen, um zu zeigen, was es wirklich bedeutet, wenn „am deutschen Wesen die Welt genesen“ soll.

Aber das ist noch nicht alles: Wenige Schritte von diesem unsäglichen Monument entfernt stehen drei „Mauer“-Stücke mit einer Inschrift, die ich nicht mehr wörtlich im Kopf habe. Sie gedenkt der Opfer der DDR-Zeit und nennt zwei Daten: 17. Juni 1953 und 9. November 1989. Über den 17. Juni kann man sicher streiten – ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, dass die berechtigten Unmutsäußerungen der Arbeiter in der DDR durch den RIAS und ande-

re Revanchisten missbraucht wurden und sich erst dadurch die Sowjetische Militäradministration zum Eingreifen genötigt sah. Aber wenn ich mich recht erinnere, war es gerade der Umsicht der Führung der Deutschen Demokratischen Republik zu verdanken, dass es anlässlich der Ereignisse vor dem 9. November eben keine Opfer gegeben hat. Aber das ist nicht der Grund für meinen Kotzreiz. Der Grund ist, dass sich weder hier, noch irgendwo sonst in der Nähe dieses Monuments auch nur der kleinste Hinweis auf die Millionen Gefolterten und Ermordeten des faschistischen Regimes der Hitlerclique findet. Hingegen findet man neben den Flaggen der 16 Bundesländer und der Nationalflagge auch die Banner der EU und der USA. Ein Banner der Sowjetunion gibt es

natürlich nicht, der Staat ist ja zerschlagen. Aber ohne die Millionen Opfer, die die Völker der Sowjetunion gebracht haben, hätte es keine Befreiung von dieser Nazi-Verbrecherbande gegeben.

Was will man in einem Land erwarten, in dem das die Wahrheit über die Shoah ausdrückende Wort „Judenvernichtung“ klammheimlich durch die Bezeichnung „Holocaust“ ersetzt wurde. Erinnert an „Hologramm“, hat so was Unwirkliches, Abstraktes. Bloß nicht drüber nachdenken müssen ...

Als ich das alles in Koblenz sah, wurde mir klar, dass die Frage nicht ist, ob es wieder passieren wird. Die Frage ist für mich vielmehr, wie lange es wohl noch dauern wird. Mir wird Angst und Bange ...

Ich hoffe und wünsche mir, dass

die nun gewählte linke Fraktion im Bundestag immer und immer wieder und mit Vehemenz den Antifaschismus und Antiimperialismus als Staatsziel in unsere Verfassung zu schreiben einfordern wird. Geschieht dies nicht – die braunen Bataillione stehen schon am Horizont, man werte nur die Wahlergebnisse der Neofaschisten seit 1969 aus – ob Repse, NPD, DVU, das sind alles bloß Verkleidungen derselben Pest.

REINER BIELICKE, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

Erlebtes Deutschland

In diesem Jahr gedenken viele Menschen Albert Einsteins. Dass er mindestens 12 Jahre seines Lebens ein verfolgter Deutscher war, ist im Jubel seiner wissenschaftlichen Leistung fast untergegangen. Aber in Deutschland vergisst man seine Geschichte ohnehin gern und was nicht vergessen werden kann, wird mehr oder weniger verfälscht.

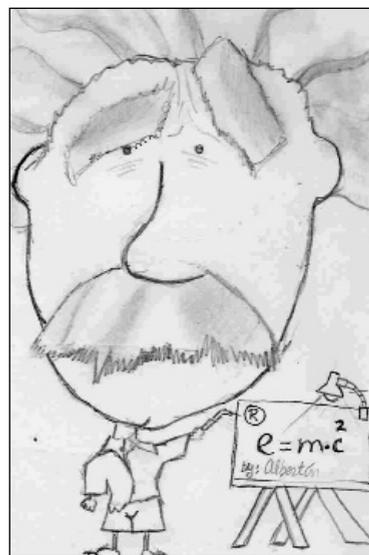
Bekanntlich grübelte Einstein darüber, was denn wäre, wenn er in Zürich in der Bahnhofstraße auf dem Lichtbahnhof in die Lichtsäufte einsteigen würde und sich ins Jenseits schieben lassen würde, vom Lichtstrahl. Und eben auf dem Wege dahin erlebte er so manches, schrieb es auf und nannte es Relativitätstheorie. Niemand erfuhr, wo der Lichtstrahl endete, ob er in seine Spektralfarben zerschellte, ob ihn ein schwarzes Loch in seinem Nirwana verschlang, ob eine massive Gravitationskraft den Lichtstrahl in seine Umlaufbahn zwang oder wie die Lichtsäufte wieder zur Erde zurückgelangte. Aber Realität und Phantasie passen nur selten zusammen, für Einstein mag beides einander bedingt haben, ein relativ seltener glücklicher Zufall, oder?

Auch Politiker unterliegen gern der Relativität, nur ist sie nicht in Formeln zu fassen und deswegen relativ schlecht berechenbar oder meist gar nicht.

So verschieben Politiker grundsätzlich ein Problem auf einen fremden Stern, wenn sie gerade mal nicht an der Macht sind. Und wenn sie an der Macht sind, wirkt eben der fremde Stern solange relativ nach. Da kann man eben nichts machen.

Einsteinjahr

Politiker wie Unternehmer setzen sich gern in die Sänfte zum Reichtum. Muss ein amerikanischer Präsident bereits bei seiner Wahl Millionär sein, so sind es deutsche Politiker erst, nachdem sie die Karre so richtig in den Dreck gefahren haben.



Die Leistung besteht eben darin, trotzdem glauben zu machen, die Karre würde noch rollen. Relativ betrachtet, ist ja auch eine Rückwärtsbewegung kein Stillstand. Korruption ist eben keine öffentliche Leistung, sondern ein relativ diskreter Tausch von schwarzen Koffern. Nur Mafiosi erschließen sich

gegenseitig in der Öffentlichkeit.

Relativ (niedrig) sind natürlich auch die Gehälter der Politiker, gemessen an denen der Unternehmer. Nur, verschwenden Unternehmer Geld wie Politiker, ist ihr Unternehmen nach wenigen Monaten pleite. Wie gut, wenn man als Politiker die Steuern erhöhen kann, weil man ja weder von Wirtschaft noch von Finanzen einen blassen Dunst hat.

Insbesondere Voraussagen (Orakel) haben einen großen Hang zur Relativität. Relativ ist im Grunde nur ein anderes Wort zu „in Beziehung gesetzt“, etwa den Euro zum Rubel, also eine Währungsbeziehung. „Relativ“ jedoch klingt gescheiter, ein bisschen weicher und anonym. Deshalb stehen auch die Wahrscheinlichkeit einer Aussage und deren Wahrhaftigkeit nur in einer relativen Beziehung, die Lüge geht in der Relativität unter und wiederersteht dann als Hoffnung. Relativität ist sozusagen ein Vergleichsmaßstab. Nur wer die Grundlinie des Maßstabes kennt, kann schlussfolgern, ob er denn unter ihr oder über ihr liegt. Aber meist liest oder hört jeder das heraus, was ihm besonders gefällt. Ist ja eh relativ egal.

Einstein fand die konkrete Beziehung für die Verhältnisse von Licht, Raum und Zeit. Eine einmalige Leistung, zu der auch Politiker befähigt sein könnten, wenn sie nicht schon vorher macht- und geldbesessen wären, sondern einfach ein Mensch, ein Mitmensch, nichts Besonderes, eben relativ bescheiden.

JOCHEN SINGER, LEIPZIG

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 25. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
Der Antisemitismus – seine Wurzeln und seine Erscheinungen. Mit Studienrat Theo Löwenberger. Moderation: Prof. Dr. Horst Pickert
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Harkortstr. 10

Mittwoch, 26. Oktober, 18.30 Uhr, Leipzig
Aktionseinheit – Vereinigung in der Geschichte der Arbeiterbewegung. T. 2: Vom Gothaer zum Erfurter Parteitag. Mit Prof. Dr. Jutta Seidel, Leipzig
 Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 26. Oktober, 19 Uhr, Dresden
 Buchvorstellung: *Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Faschismus.* Mit Dr. Barbara Weinhöhl, Dresden
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 27. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
 Die Buchvorstellung: *Weltbilder. Eine Menschheitsgeschichte* muss wegen Erkrankung des Autors ausfallen

Sonnabend, 29. Oktober, 10–15 Uhr, Leipzig
 Kolloquium des Röhrbacher Kreises: *Leben im Informationszeitalter.* PD Dr. Frieder Otto Wolf, Berlin und Stefan Matteikat, Schwerin. In Zusammenarbeit mit dem BdWi ***
 Harkortstr. 10

Mittwoch, 2. November, 19 Uhr, Dresden
Die Linke wieder im Bundestag: Vor welchen Aufgaben stehen die sächsischen Linkspartei.PDS-Abgeordneten? Mit Michael Leutert, Sächsische Landesgruppe der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Stellv. Landesvorsitzender DIE LINKE.PDS Sachsen, Dresden
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 3. November, 10–12 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion mit Schülerinnen und Schülern: *Sally Perel (Israel) „Hitlerjunge Salomon“ erinnert sich: Wie die faschistischen Rassengesetze vor 70 Jahren Kindheit und Jugend zerstörten.* In Zusammenarbeit mit Kuratorium Haus des Buches e. V. und Bund der Antifaschisten Leipzig. Anmeldung erbeten ***
 Haus des Buches, Gerichtsweg 28

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.
 Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

24. 10., 10 und 14 Uhr: Das Tierhäuschen. Kidertheaterprojekt – ab 7 Jahre

28. und 29. 10., 20 Uhr: Der Page. Jugendtheaterprojekt – ab 15 Jahre

3. 11., 10 und 19 Uhr; 4. 11., 20 Uhr: So oder anders. Shakespeare-Variationen. Jugendtheaterprojekt – ab 13 Jahre

Liebe Erika Zimpel zu deinen 75. Geburtstag am 25. Oktober

gratulieren wir dir ganz herzlich und wünschen baldige Genesung und Wohlergehen

Die Genossen des PDS-Ortsverbandes Connewitz-Dölitz

Haben Sie schon daran gedacht, Ihren Freunden und Angehörigen mit einer LN-Anzeige zum Geburtstag zu gratulieren – denken Sie auch rechtzeitig an Weihnachtsglückwünsche!

Carl-Schorlemmer-Apotheke



In der alten Salzstraße

Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruherstraße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Wandern mit den „aktiven Senioren“ Leipzig

27. 10., 9.30 Uhr: Treffpunkt Endstelle Linie 15 in Meusdorf, Wanderung nach Baalsdorf (8 bis 10 km)

Halbtagswanderungen:
 25. 10., 9 Uhr: Treffpunkt Endstelle Linie 8 und 15 in Miltitz, Wanderung nach Markranstädt

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:

Bis 6. 11.: Ibis, Igel und Ichneumon – Tiere aus dem Land der Pharaonen

Veranstaltungen:

25. 10. 14 Uhr; 30. 10., 10.30 Uhr; 3. 11., 14 Uhr, Führung durch die Sonderausstellung: *Ibis, Igel und Ichneumon – Tiere aus dem Land der Pharaonen.*

SZM Stadtteilzentrum Messemagistrale
 Straße des 18. Oktober 10a

27. 10., 14 Uhr: Offenes Café zum Thema *Aloe Vera – ein Geschenk der Natur*

27. 10., 18 Uhr: Bürgerstammtisch mit Vertretern der Ämter der Stadt und DEGES zum Thema *City-Tunnel und Straße des 18. Oktober*

29. 10., 16 Uhr: Puppenbühne Schmidt zeigt für die Kleinen *Der faule Jochen.* Eintritt: 2,50 Euro

30. 10., 16 Uhr, Dieter Rodewald: *Diavortrag von einer Reise nach Australien.* Eintritt: 3 Euro

Eine Anzeige dieser Größe kostet in LN nur 6 Euro. Wollen Sie etwas verkaufen, verschenken ... ?

Marxistisches Forum Leipzig und „Rotfuchs“, Regionalgruppe Leipzig laden zur Diskussion:

Die DDR – nur eine Fußnote der Geschichte? Zu Erfahrungen des Frühsozialismus in Europa mit Prof. Dr. Ingo Wagner

Dienstag, 1. 11., 18 Uhr, im Liebknecht-Haus, Braustr. 15

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren.

Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen! Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

Wir freuen uns auf Ihre Spende

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig,
 Konto: 11 50 11 48 40
 BLZ 860 555 92
 Kennwort: Spende für LN

KURT TUCHOLSKY:

„Der geschickte Journalist hat eine Waffe: das Totschweigen – und von dieser Waffe macht er oft genug Gebrauch“.

WIR VON LN SCHREIBEN, WAS ANDERE VERSCHWEIGEN!

Gewiss haben Sie gute Freunde, denen Sie mit einem LN-Abo eine richtig schöne Weihnachtsfreude machen würden.
Bestellschein →

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
 2. Unterschrift des Auftraggebers

Ausgefüllten Bestellschein bitte an
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Wanderungen durch Neufünfland

Kehren die Corps-Studenten auf ihren Paukboden zurück?

ES WAR EIN KÜHLER TAG und wir suchten ein warmes Plätzchen. Und fanden es – im Greifswalder Amtsgericht. Versteigerung war angesagt. Utkiek, eine populäre Gaststätte an der Wiecker Mole kam unter den Hammer und die frühere Poliklinik am Mühlenort. Gaststätten leiden derzeit unter Gästemangel und Polikliniken sind schon längst nicht mehr „in“. Also: Wer ersteigert „Utkiek“? Ich fürchte, ich muss zunächst ein kurze Vorgeschichte erzählen, denn wer in der DDR groß wurde, erlebte höchstens, wie bei der Reichsbahn Fundsachen versteigert wurden, aber nicht derart attraktive Immobilien. Man sitzt da, hört staunend zu und fürchtet, dass demnächst der Berliner Fernsehturm oder das Völkerschlachtdenkmal versteigert werden könnten. Es begann damit, dass man wissen ließ, dass der „Utkiek“ derzeit einer Dame aus Osnabrück gehört. Wie es dazu gekommen war, erzählte uns niemand. Die Dame muss jedenfalls beträchtliche Schulden bei einer Bayrischen Bank haben. Das erschien als ein vollendetes Kapitel „Zusammenwachsen, was zusammengehört“: Eine Osnabrückerin besitzt eine Greifswalder Molengaststätte, macht Schulden in Bayern und nun ersteigert die Bank das Unternehmen für 420 000 Euro. Und glauben Sie nicht, dass der Hammer fiel und die Sache damit entschieden war. Es wird nämlich weiter verhandelt.

Denn: Die Bank glaubte wohl, mit ihrer Summe auch das Inventar erworben zu haben. Aber nicht is mit dem „Utkiek“-Schanktisch, denn da meldete sich eine Stralsunder Brauerei zu Wort. Wer nun klärt, wem was gehört? In einem Rechtsstaat, wie der, in dem wir jetzt leben, natürlich ein Gericht. Bis dahin ist nichts utgekiekt!

Dann die Poliklinik. Das Haus am Mühlenort hat eine bewegte Geschichte. 1927 war es von der ältesten Greifswalder Studentenverbindung dem „Corps Pommerania“ errichtet worden. Enkel der biergläserschwenkenden Studenten von einst waren im Saal

und verwiesen darauf, dass der Kneipsaal und der Paukkeller noch gut erhalten seien. Doch hatten die Corpsstudenten wohl nicht die nötige Vollmacht. Man wird bedenken, ob demnächst dort vielleicht wieder Schmissee verteilt werden. Zunächst hat ein Stralsunder Immobilienmakler das Haus ersteigert. Wie man sich zuflüsterte hatte der Makler im Auftrag eines Mannes geboten, der in Greifswald zahlreiche unsanierte Grundstücke erwarb. Die Zahl seiner Gläubiger soll enorm sein und die Staatsanwälte haben inzwischen ihre Kollegen aus Berlin gebeten, sich des Mannes anzunehmen, weil der sich inzwischen dort angesiedelt hat.

Als wir weiterzogen fragten wir uns: Wer von all denen, die uns begegneten, ist nun Deutschland?

Keiner wusste eine Antwort.

STREIT IN POTSDAM könnte es um die Schiffbauergasse geben. Dort entsteht bekanntlich das neue Hans-Otto-Theater und nun ist jemand auf die Idee gekommen, „gleich gegenüber“ in den oberen Etagen Wohnungen anzubieten, deren Nutzern der Blick auf die Havel garantiert wird. Dieser Streit ist vielleicht rechtzeitig ausgebrochen, denn im Waschhaus-Club beginnt die Nacht meist erst gegen Mitternacht und wenn das Theater erst eröffnet ist, wird man zuweilen nächtens Kulissen ab- oder aufladen müssen. Also könnte Lärm entstehen, der die „Mit-Blick-auf-Havel-Mieter“ stört. Ein Mann vom Stadterneuerungsamt empfahl die Lösung, weil sie Geld einbringt. Im Kulturausschuss warnte eine Abgeordnete: „Wenn sich jemand bis zum Bundesgerichtshof durchklagt und dort Recht bekommt, dann ist hier um 22 Uhr Schluss.“

Es könnte höchstens sein, dass den Theaterbesuchern Filzlatschen wie in den Schlössern zur Benutzung empfohlen werden, damit ihr Heimwärtsbummel niemanden stört.

Wir waren uns aber einig: Bis zum Bundesgericht wandern wir nicht, um das Urteil anzuhören!

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Weltweit sterben jährlich 1 Million Menschen durch eigene Hand.
3sat 22. 9.

hat im 1. Halbjahr 2005 täglich 16 Millionen Euro verdient.
ZDF 27. 9.

Z.Z. kann man nicht einmal den Gashahn aufdrehen, um sich umzubringen. Das ist einfach zu teuer.

Kommt jetzt der Kanzler Schmerkel?
WDR 1. 10.

Was hat der Gaspreis mit dem Ölpreis zu tun? Das ist so, als würde man den Bierpreis erhöhen, weil Limo teurer geworden ist.

Ein Mode-Hundehalsband kann auf Sylt schon einmal bis zu 1000 Euro kosten.
Arte 2.10.

Beides Bayerisches Fernsehen 22.9.

Wenn sie heute Hartz-IV Bezieher sind, dann sind sie ja fast wie im offenen Strafvollzug.

Götz Werner, Chef der DM Drogerieketten 3sat 3. 10.

Die Ostdeutschen erheben nicht nur Anspruch auf die soziale Hängematte – sie wollen auch den ganzen Tag darin schaukeln.

Henryk M. Broder, DLF 24. 9.

Samsung hat in Berlin 28,3 Millionen Euro Fördergelder mit Bindfrist Ende 2005 kassiert. Und genau jetzt, Ende 2005, soll der Betrieb dicht gemacht werden.

Die Struktur der Gemeindefschwern in der DDR war hocheffektiv. Sie haben die Allgemeinärzte stark entlastet und außerdem soziale Aufgaben erfüllt. Viele Kommunen in Brandenburg würden das System wieder probieren, es passt aber nicht in das jetzige BRD-Gesundheitssystem.
DLF 25. 9.

Alle sieben Steinhoff-Möbelwerke werden geschlossen. Das Werk in Erfurt hat allein 1,7 Millionen Euro Fördergelder erhalten. 100 Mitarbeiter werden entlassen. In Polen wird eine neue Produktion aufgebaut.

beides ZDF 4. 10.

EON Ruhrgas beherrscht 60 % des deutschen Gasmarktes und

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE



No 051606
HIGHGATE CEMETERY (EAST)
NOT VALID IN WEST CEMETERY
F O H C
Friends of Highgate Cemetery
Registered Charity No. 282220
Sold by Highgate Cemetery Ltd.
on behalf of The Friends of Highgate Cemetery
in aid of conservation, restoration and maintenance



Ein Mann von Lebensart ... Wer ist es?



Welchem Philosophen und Politiker stecken Menschen aus aller Welt mit Hilfe dieses Billetts Botschaften zu?

Κυρίως
ΕΙΣΙΠΕΤΕ ΛΟΟΥ
ΑΔΟΙΗ
ΜΑΡΙΝ ΜΑΙΓΙΕ
ΗΕΙ-
ΜΑΙΧ
ΓΟΥΝΑΓΕΙ: ΚΑΠ

Welcher berühmte Leipziger Fotograf machte mit seiner Plattenkamera anno 1900 diese Aufnahme am Rossplatz?

Die Suche nach dem kleinsten Übel ist das größte Übel der Parteiendemokratie.

In früheren Zeiten drehte sich alles um den Klassenstandpunkt. Heute zählt nur der Kas- senstand. Punkt.

Der Rücktritt von Politikern erfolgt immer zum falschen Zeitpunkt, nämlich nachdem anstatt bevor sie ihr Amt angetreten haben.

Wenn die sogenannten Führungskräfte nach Leistung bezahlt würden, müssten in Deutschland auf einen Schlag zigtausend Menschen mehr ohne Einkommen auskommen.

• R. LOCHNER

Leipzigs
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,
Ostraße 39, 04420 Markranstädt.
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

18. Oktober
Die nächste Ausgabe erscheint am
4. November

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V.
bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40